# Alhambra

zeitung und programm januar 2006

let it
be
a
revo
lutio
nary
new
yeah!

# alhambra
## - grundsätzliches -

Das Alhambra ist eines der wenigen Aktions- und Kommunikationszentren dieser Größe in der BRD, das vollkommen unabhängig von staatlicher oder kommunaler Finanzierung und auch Einflußnahme ist. Es gibt keinerlei Zuschüsse. Alle Gelder, von denen das Alhambra existiert, werden gespendet, oder durch Veranstaltungen, wie z.B. Discos eingenommen. Von den (wenigen) Spenden und den Einnahmen aus dem Getränkeverkauf wird der Unterhalt des Alhambra bestritten. Alle anfallenden Arbeiten werden von Leuten bewältigt, die das in ihrer Freizeit unentgeltlich - oft mit Streß und Nerverei verbunden - tun. Das Alhambra ist vollkommen unabhängig und selbstverwaltet. Die manchmal etwas undurchschaubaren Strukturen machen es für Außenstehende etwas schwierig, die entsprechenden Ansprechpersonen zu finden, die auf Fragen antworten können. Jeden zweiten Freitag im Monat trifft sich das einzige Gremium, das über die Belange des Alhambra entscheiden kann, das „NutzerInnen-Plenum". Auf diesem Plenum sind in der Regel VertreterInnen aller Gruppen, die das Alhambra in irgendeiner Form nutzen. Hier wird Organisatorisches besprochen, also wie der Laden genutzt wird, welche Termine wofür vergeben werden etc. Wenn ihr irgendwelche Veranstaltungen im Alhambra machen, oder das Alhambra in anderer Form nutzen wollt: Das NutzerInnen-Plenum ist der einzige Ort, an dem dies besprochen und auch der entsprechende Termin vergeben werden kann.

**Hermannstraße 83 26135 Oldenburg**
**Tel.: 0441-14402 Fax: 0441-21706489**
**e-mail: alhambra@alhambra.de**
**www.alhambra.de**

**Spendenkonto:**
**LzO, BLZ 280 501 00, Kto.Nr. 000-430 397**

# zeitung
## -unterstützerinnen-

AK Rote Rispe, AKKU, ALSO-Plenum, Alternative Liste der C.v.O.-Uni, Antifaschistische Aktion OL, Antifa-Café, Arbeitskreis Asyl, ASTA der C.v.O.-Uni, Crush Hour Concerts, DKP OL, „Dritte Welt"-Infozentrum&Laden, Donna 45, Filmriß, Gruppe Links der C.v.O.-Uni, Hochschulgruppe Ausländischer Studierender, Ini für offene Grenzen - gegen Abschiebung und Sondergesetze, Infoladen Metropole, Jazzclub Alluvium, Kampagne Mumia Abu Jamal Oldenburg, Lateinamerika-Gruppe, NaUnd e.V., Oldenburger Linke Liste (OLLI), Oldenburger Rechtshilfe, PDS - Linke Liste OL, Rosige Zeiten, SDAJ, Stachel, Wagenburg Blöder Butterpilz, zweiundvierzig, SchülerInnenbündnis Swimmy

**Die einzelnen Beiträge der Alhambra-Zeitung geben nicht unbedingt die Meinung der UnterstützerInnen wieder.** V.i.S.d.P.: K. Fischer

**Eigentumsvorbehalt:**
Nach dem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitung solange Eigentum des Absenders/der Absenderin, bis sie der/dem Gefangenen persönlich ausgehändigt ist. »Zur-Habe-Nahme« ist keine persönliche Aushändigung im Sinne dieses Vorbehalts. Wird die Zeitschrift der/dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden. Wird die Zeitschrift der/dem Gefangenen nur teilweise persönlich ausgehändigt, so sind die nicht ausgehändigten Teile, und nur sie, dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurück zusenden. Der Rest ist auszuhändigen.

## inhaltliches:::::::::::::::::::::::::::::::::::::::::::::::

nato-kriegskonferenz:::::::::::::::::::: 3::::
wiederentwaffnung jetzt:::::::::::::::: 5::::
rassistische ausschreitungen
in australien:::::::::::::::::::::::::::::::: 6::::
umkehr eingeleitet: bolivien 1::::::::: 10::
neoliberalismus
abgewählt: bolivien 2:::::::::::::::::::: 11:
frauen im irak:::::::::::::::::::::::::::::::: 12:
demokratie für anfänger:::::::::::::::: 15:
big brother awards:::::::::::::::::::::::: 16:
literaturseite:::::::::::::::::::::::::::::::: 18:

## sonstiges:::::::::::::::::::::::::::::::::::::::::::::::

### was anderswo passiert...
### Oldenburg hat keine S-Bahn:

Rostock (dpa) Zwölf bislang unbekannte Täter haben am Mittwochabend bei Rostock-Lichtenhagen eine S-Bahn gestoppt und mit einem 90 Meter langen und drei Meter hohen Graffiti besprüht. Die ganze Aktion habe rund 20 Minuten gedauert, sagte ein Sprecher der Bundespolizei am Freitag und bestätigte damit Medienberichte. Die Unbekannten sprühten das Wort "Terror" auf den Zug. Reisende wurden nach Angaben der Polizei nicht geschädigt.

**Veranstaltung im Rahmen des Antifa-Cafes:**

# WDR-Doku zum Thema NPD

**(ca. 45 minuten)**

**montag, 16.01. 20.30 Uhr kneipe**

# they make war, we make trouble

## Raus gegen die Nato-Kriegskonferenz

München, 03.02.-05.02.2006

AUFRUF FÜR DEN INTERNATIONALISTISCHEN BLOCK

Die Zeiten sind vorbei, in denen sich die Kriegsplaner in München weitgehend unbemerkt von der Öffentlichkeit treffen konnten. Inzwischen müssen sie sich hinter einem Großaufgebot der Polizei verschanzen, denn seit Jahren konfrontieren tausende Menschen die Generäle, Kriegsminister und Waffenlobbyisten mit ihrem Widerstand. Gründe dafür gibt es genug: Die deutsche Bundeswehr feiert sich im 50. Jahr ihres Bestehens als weltweit agierende „Friedenstruppe" und verstärkt ihre Beteiligung am „Anti-Terror-Krieg" u.a. in Afghanistan; die USA und Großbritannien schreiben mit ihrem Besatzungsregime im Irak einen Zustand fest, der für die dort lebenden Menschen Überlebenskampf und Terror bedeutet; die Herrschenden in der EU treiben trotz des Scheiterns der EU-Verfassung den Aufbau einer europäischen Militärstreitmacht weiter voran; der vermeintliche Schutz vor Terrorangriffen dient als willkommene Steilvorlage für rassistische Ausgrenzung, Repression und Entrechtung.

Dafür werden die Exponenten dieser Politik vom 3. bis 5. Februar 2006 im Hotel Bayerischer Hof in München zusammenkommen.
Bereiten wir ihnen einen gebührenden Empfang!

SiKo Reloaded

Die Sicherheitskonferenz (SiKo), veranstaltet von Horst Teltschik und finanziert von der Bundesregierung ist eine bedeutende Schnittstelle zwischen Staaten, Militärs und Privatwirtschaft, bei der Militärstrategien und ökonomische Interessen aufeinander abgestimmt werden.
Weltweite Kriege und die damit einhergehende militärische Besatzung im Irak und in Afghanistan, standen in den letzten Jahren ganz oben auf dem Programm. Die deutsche Regierung nutzt die SiKo als wichtiges Forum, um die Militarisierung der EU voranzutreiben und sich als militärischer Global Player zu präsentieren. 2005 fand in München eng verzahnt mit der SiKo, die Finanzierungskonferenz des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI) zu Nordafrika, Mittelost und Irak statt:
In der thematischen und personellen Überschneidung spiegelt sich der Zusammenhang von kapitalistischer Globalisierung und ihrer militärischen Absicherung. Nachdem die SiKo durch die starken Antikriegsproteste in Legitimationsschwierigkeiten geraten war, versuchten die Veranstalter der SiKo 2005 mit der Einladung von UN-Generalsekretär Kofi Annan der Zusammenkunft den Anstrich einer „Friedenskonferenz" zu geben. Der Ausrichtung der Veranstaltung entsprechend rechtfertigte Annan in seiner Rede Präventivkriege.
Die nächste SiKo wird der EU und den USA Gelegenheit bieten, ihre Kriegsplanung gegenüber dem Iran abzustimmen. Die VertreterInnen der CDU/CSU, die in der neuen Regierung tonangebend sein werden, forderten bereits bei der SiKo 2005 den weiteren Ausbau der Bundeswehr für weltweite Kampfeinsätze, die Stärkung der NATO und den Einsatz der Bundeswehr im Inneren. Konfrontieren wir die KriegstreiberInnen im Hotel Bayerischer Hof mit unserer Wut und unserem Widerstand!

Smash racist identities!

Die rassistische Hetze gegen „arabisch" oder „orientalisch" aussehende Menschen, die in der öffentlichen Diskussion zu „Terrorverdächtigen" erklärt werden, nimmt seit dem 11.9.2001 zu. Diese Hetze bewegt sich in den Bahnen der weitaus länger andauernden Debatten über Migration, deren Ziel es war und ist, „Fremde" mit Hilfe von rassistischen und kulturalistischen Stereotypen als Bedrohung zu inszenieren. Gesellschaften wie Afghanistan oder Irak erscheinen so als barbarisches Gegenstück zur „freien westlichen Welt".
Im Zuge dieses Diskurses prangern inzwischen sogar Exponenten der patriarchalen Verhältnisse hier regelmäßig die Unterdrückung der Frauen in muslimischen Gesellschaften an. Real bringen die militärischen Invasionen für diese keine positiven Veränderungen: Überall wo die NATO-Staaten mit Soldaten und einem Gefolge von Zivilpersonal und NGO's einrücken, boomt die Ausbeutung von Frauen und Mädchen durch Zwangsprostitution. Der Widerstand von Frauen gegen diese Verhältnisse z.B. im Irak oder Afghanistan wird ebenso ignoriert wie die patriarchalen Strukturen hier in den Metropolen.
Mit der Vorstellung von „abendländischen Werten", die das kapitalistisch-

patriarchale System der „westlichen Welt“ legitimieren, wird ein „Außen“ produziert, das der kriegerischen Demokratisierung durch die vermeintliche „Zivilisation“ bedarf.
Für die Menschen im globalen Süden bedeutet diese „Logik“ Abwertung, Ausgrenzung, Unterdrückung und Krieg. Für die Mehrheit der Menschen in den westlichen Industrienationen bedeutet sie rassistische „Anti-Terror“-Paranoia, „Präventiv“kriege und Sozialraub.
In der herrschaftlichen Aufteilung der Welt in „Gut“ und „Böse“ gibt es keinen Raum für Emanzipation und Befreiung außer wir erkämpfen ihn uns!

Global Error / Game Over

Die herrschende Einteilung der Welt in „Zivilisation“ und „Barbarei“ ignoriert dass die NATO-Staaten und ihre Verbündeten selbst die Welt mit Krieg und Terror überziehen. Zynischerweise legitimieren sie diese bei der SiKo als „Herausforderungen durch Armut und Unterentwicklung“. Tatsächlich haben sie den Menschen nichts zu bieten als Lobpreisungen des Freien Marktes und militärische „Befriedung“, die nichts anderes ist als eine unbefristete Fortschreibung von Krieg und institutionalisierter Rechtlosigkeit.
Die Staaten Europas und Nordamerikas arbeiten mit autoritären Regimen und mit reaktionären religiösen Bewegungen weltweit zusammen, solange diese willige Gehilfen für Wirtschaftsinvestitionen, neoliberale Strukturanpassungsprogramme und Aufstandsbekämpfung sind. Dass solche „Partner“ wie z.B. das Baath-Regime mitunter auch schnell zum Vorwand für den nächsten Angriffskrieg werden können, widerspricht diesem Kalkül nicht. Kriegerische Auseinandersetzungen in der Peripherie werden medial als „religiöser Fundamentalismus“ oder „ethnische Konflikte“ dargestellt und somit als Produkte irrationaler Gewalt. Aber die Entwicklung der privatisierten Gewalt von Bürgerkriegsmilizen, Paramilitärs oder sogenannten Sicherheitsfirmen, die sich in erster Linie gegen die Zivilbevölkerung richtet, ist real das Resultat der Globalisierung des neoliberalen Kapitalismus, der von den dominanten Staaten des Westens vorangetrieben wird. Sie ist untrennbar verbunden mit der kapitalistischen Logik, in der militärische Gewalt ein bedeutender Wirtschaftsfaktor ist und große Teile der Welt der Verelendung preisgegeben werden. Die „westlichen Demokratien“ schaffen Zonen der Rechtlosigkeit - besonders dort, wo die kapitalistische Ökonomie den Menschen kein würdiges Leben mehr zu bieten hat: Zonen der Rechtlosigkeit in Form von zeitlich unbefristeten Besatzungsregimen, wie im Kosovo, wo hauptsächlich europäische NATO-Truppen die Zerschlagung Jugoslawiens militärisch absichern, während unter der Aufsicht deutscher Banken zuerst die DM und später der Euro als offizielles Zahlungsmittel eingeführt wurden, um auch eine wirtschaftliche Zerstückelung des vormals souveränen Landes voranzutreiben. Zonen der Rechtlosigkeit, wie an den militärisch abgesicherten Grenzen zur Festung Europa wie z.B. an den Zäunen der spanischen Exklave Ceuta, wo gegen Flüchtlinge und MigrantInnen mit tödlicher Gewalt vorgegangen wird. Zonen der Rechtlosigkeit in territorial ausgelagerten Flüchtlingslagern in Nordafrika oder in Knästen und Folterzentren, wie z.B. Abu Ghraib und Guantanamo. Zonen des Ausnahmezustands wie in New Orleans, wo nach einem Hurrikan die Nationalgarde mit shoot-to-kill Befehl gegen die afroamerikanische Bevölkerung eingesetzt wurde.
In der „neuen Weltordnung“ des globalen Kapitalismus verschwimmt die Grenze zwischen Krieg und Frieden. Der Ausnahmezustand von Entrechtung und Krieg wird zur Normalität. Öffnen wir Räume für einen weltweiten emanzipatorischen Widerstands gegen Krieg und Unterdrückung!

Resist Old Europe!

Trotz des Scheiterns der EU-Verfassung durch den breiten Widerstand gegen das neoliberale Europa der Militarisierung und des Sozialraubs wird weiterhin an den alten Plänen festgehalten, die auch auf der SiKo eine zentrale Rolle spielen werden. In der „Europäischen Sicherheitsstrategie“ (ESS) und im „European Defense Paper“ entwerfen die Militärstrategen der EU Szenarien für weltweite Kriegseinsätze zur „Verteidigung europäischer Interessen“ - bis hinzu „präventiven“ Angriffskriegen und dem Einsatz von Atomwaffen. Den Kern für solche Pläne bilden die 60.000 SoldatInnen der EU-Eingreiftruppe, welche durch mobile „Battle Groups“ ergänzt werden, die ab 2007 vor allem in Afrika kämpfen sollen. Sowohl bei der EU-Eingreiftruppe und den „Battle-Groups“ als auch bei der „NATO-Response-Force“, die seit 2003 für weltweiten „Antiterror“-Krieg bereitsteht, ist die Bundeswehr ganz vorne mit dabei. Die militärischen Großmachtambitionen Deutschlands und der EU gehen einher mit massiven Angriffen auf unsere Lebensbedingungen in Form von Sozialraub, Bildungskürzungen und Zerschlagung von Tarifrechten. Und gerade dort, wo es besonders schwierig ist, einen Job, eine Lehrstelle oder einen gebührenfreien Studienplatz zu kriegen, wirbt das Militär junge Leute an mit dem Versprechen auf einen krisensicheren Arbeitsplatz.
Doch der Zusammenhang von neoliberalem Sozialabbau und Militarisierung geht tiefer: Die verstärkte kapitalistische Standortkonkurrenz zwingt zur neoliberalen „Mobilmachung“ der Gesellschaft, die in der militärischen Mobilmachung, im weltweiten Kampf um Rohstoffe und Absatzmärkte nur ihre logische Fortsetzung findet.

Global resistance against global war!

Die neoliberale Ideologie der Herrschenden braucht die Vorstellung dass es keine Alternative zum globalen Kapitalismus in seinen unterschiedlichen Erscheinungsformen gibt. Aber es gibt immer mehr Menschen die sich mit den miserablen Zuständen nicht mehr zufrieden geben: Frauengruppen und Studierende im Irak wehren sich gegen sexistische und homophobe Gewalt religiöser Milizen und fordern gleichzeitig ein Ende der Besatzung. ArbeiterInnen und Erwerbslose fangen an, gegen die miserablen Lebensbedingungen unter dem Besatzungsregime zu rebellieren. Iranische Linke im Widerstand gegen das Regime wollen alles andere als einen „Regime Change“ mittels US-amerikanischem und europäischem Bombenterror und setzen stattdessen auf die Kämpfe der Frauen, der ArbeiterInnen, der Studierenden. Mit genau solchen Bewegungen müssen wir praktische Solidarität suchen. Als Teil von weltweiten Bewegungen gegen globalen Kapitalismus und gegen Militarisierung mobilisieren wir gegen die Nato-Kriegskonferenz in München und gegen das World Economic Forum in Davos. 2007 werden wir gemeinsam mit vielen anderen dem G8-Treffen in Heiligendamm bei Rostock unseren Widerstand entgegensetzen.

Zusammen kämpfen für ein besseres Leben jenseits von patriarchaler Gewalt und kapitalistischer Ausbeutung, jenseits von Krieg und Repression, rassistischer Ausgrenzung, nationaler und religiöser Borniertheit - hier und weltweit!

Leisten wir Widerstand gegen Gelöbnisse der Bundeswehr und gegen Armeestützpunkte!
Sabotieren wir die Kriege der Herrschenden!
Machen wir Stress gegen die NATO-Kriegskonferenz in München!

**Freitag 3. Februar 2006**

**17:00 Uhr** Kundgebung Marienplatz

**18:00 Uhr** Fahrraddemo vom Marienplatz zum Prinzregentenplatz

**19:30 Uhr** Antikapitalistischer Abendspaziergang Prinzregentenplatz

**Samstag 4. Februar 2006**

**12:00 Uhr**
Internationale Demonstration in München Lenbachplatz

Convergence Center
geöffnet von Do. 02.02. - So. 05.02.2006

**Homepage:: http://no-nato.de**

# ★ Veranstaltung

## zur Sicherheitskonferenz im Februar in München und über die Kampagne Wiederentwaffnung jetzt!

★ Mo. 23. 01. ★ 20.30 h ★ im Alhambra

## Wiederentwaffnung jetzt!
## 50 Jahre Bundeswehr sind 50 Jahre zuviel

Wiederentwaffnung jetzt! das ist ein Aufruf zur aktiven Wehrkraftzersetzung.
Wiederentwaffnung jetzt! ist keine weitere politische Plattform, die nur versucht über das deutsche und europäische Militär aufzuklären.
Wiederentwaffnung jetzt! stellt auch keinen Appell an die Politik dar, endlich abzurüsten.
Wiederentwaffnung jetzt! meint die gesellschaftliche Ächtung des Militärs – aller SoldatInnen, Rüstungsindustriellen und kriegstreibenden PolitikerInnen.
Wiederentwaffnung jetzt! ist die Aufforderung an alle SoldatInnen sich zu verweigern und dafür die entsprechende Hilfe und Unterstützung zu organisieren.
Wiederentwaffnung jetzt! ist der Versuch, Sand in das Getriebe der militärischen Infrastruktur zu streuen.
Wiederentwaffnung jetzt! steht für eine direkte antimilitaristische Praxis.

2005 ist das Jahr des fünfzigjährigen Bestehen der Bundeswehr. Mit Gelöbnissen, Waffen- und Propagandashows, mit Reservistentreffen und Empfängen werden die MilitaristInnen sich landauf landab feiern. Das ist eine Provokation!
50 Jahre Bundeswehr – das markiert den Übergang zu einer weltweit agierenden Interventionsarmee. Unsere Antwort heißt: Wiederentwaffnung jetzt!
Die herrschende Antwort von USA und EU auf die anhaltende Krise des Kapitalismus ist der permanente Krieg. Damit wollen sie den weltweiten Zugriff auf Ressourcen sichern und Migrationsbewegungen kontrollieren. Weltweite Ausbeutung und Kriegspolitik sind zwei Seiten derselben Medaille. Aus der Perspektive einer forcierten Ausbeutung in den Metropolen ist die Auflösung der westlichen Wohlfahrtsstaaten nur mit dem Übergang zum autoritären Kontrollstaat zu machen. Der Einsatz des Militärs im Innern ist nur eine Frage der Zeit. Es gibt für die „neue Weltordnung" keinen Friedenszustand mehr, der ohne Krieg auskommt: Krieg ist Frieden!
Militär ist an vielen Orten. Auf Bahnhöfen und in Schulen. SoldatInnen sind in Familien, im Bekanntenkreis und auf Parties. Konfrontieren wir sie mit unserer Gegnerschaft! Sie präsentieren sich auf Messen und auf Plätzen. Sie haben Kasernen und Infrastruktur. Sie feiern Gelöbnisse.
**Konfrontieren wir sie mit unserem Widerstand!**
**Zögern wir nicht! Bringen wir das Militär aus dem Gleichschritt!**

# Cronulla ist kein Einzelfall

## Rassistische Ausschreitungen in Australien

**[19.** Dec **2005]**

Nach Wochen antiarabischer und antimuslimischer Hetze, die u.a. dazu diente, neue Terrorismus- Gesetze rechtzufertigen, kam es zu einer Eskalation der rassistischen Ausschreitungen in Australien. Tausende Whiteys beteiligten sich an massiven Übergriffen, es kam zu Straßenschlachten, vielen Verletzten und zahlreichen Protesten sowohl gegen die Übergriffe als auch gegen die rassistische und repressive Politik der Regierung.

**Zur Einleitung**

Es klingt wie ein Märchen, das mit dem Satz beginnt: Es war einmal am Strand von Cronulla in Sydney (New South Wales). Dort versammelten sich am 11. Dezember 2005 ca. 5.000 RassistInnen mit australischen Flaggen, rassistischen Sprüche auf ihren T-Shirts unter dem Gegröhle rassistisch-patriotischer Slogans und Lieder. Zu der Versammlung hatten neben Neonazigruppen auch einige bekannte Radiomoderatoren mit aufhetzerischen Parolen zur Selbstjustiz gegen „unerwünschte BesucherInnen" des Strandes moblisiert. Grund dafür soll ein Zwischenfall ein paar Tage zuvor gewesen sein, als angeblich zwei Liveguards (Rettungsschwimmer, Anm.) von Leuten aus dem Libanon angegriffen worden waren. Diese Meldung mischte sich mit Beschwerden über die Belästigung weißer Frauen und wird als Ausgangspunkt der Übergriffe dargestellt - als liege die Schuld bei den Angegriffenen. Doch verbirgt diese Geschichte die Tatsache, dass die Übergriffe nicht von heute auf morgen ausbrachen, sondern einerseits eine lange Geschichte haben - die Geschichte Australiens - und in den letzten Jahren die Übergriffen von RassistInnen gegen Personen, die für Muslime und AraberInnen gehalten wurden, immer mehr wurden. Parallel dazu betrieb die Regierung eine rassistische Einwanderungspoltik und massive antiislamische Hetze. Erst im September 2005 wurden unter dem Deckmantel des Kampfes gegen den Terrorismus neue Gesetze verabschiedet, von den befürchtet wird, dass sie vor allem gegen Muslime angewendet werden.

Die Ereignisse am Strand von Cronulla sind nicht die Ursache des Problems. Sie stellen lediglich den Gipfel eines Eisberges dar, in dessen Schatten massive rassistische Resentiments geschürt werden. Die eigentliche Dimension des Problems bleibt dabei außen vor.

In Mainstreammedien in Australien wurde des öfteren versucht, den Ausbruch der Ausschreitungen mit übermäßigem Alkoholkonsum zu erklären, während in diversen Artikeln vor allem in internationalen Medien Verwunderung laut wurde, wie derartiges gerade in Australien geschehen konnte, wo dieses Land doch für seine offene Kultur und eine lange Geschichte der Einwanderung bekannt sei. So wird in diversen Medien von „Rassenkrawallen" geschrieben und die Konflikte sowie die Konfliktparteien ethnisiert. Erst nach mehreren Tagen der Ausschreitungen scheint sich dieses Bild ein wenig zu ändern und so wird nun vereinzelt auch auf die rassistischen Traditionen in Australien hingewiesen. Jedoch wird weiterhin ausgeblendet, dass Rassismus zumindest seit der Gründung der ersten Kolonien im heutigen Australien den Alltag in Australien bestimmt und auf der rassistischen Ideologie der „weißen Überlegenheit" (white supermacy) aufbaut und gesetzlich institutionlaisiert ist. Rassismus ist in Australien nicht plötzlich gesellschaftsfähig worden, sondern war immer und ist bis heute gesellschaftsfähig!

**Staatlicher Rassismus in Australien**

Der australische Premierminister John Howard lehnte in öffentlichen Stellungnahmen ab, die TeilnehmerInnen an der Zusammenrottung in Cronulla als RassistInnen zu bezeichnen: „Das ist ein Begriff, mit dem so oft um sich geworfen wird, dass ich das nicht auch tun werde." (zit. nach :: Telepolis) Laut Howard seien auch Raub und Diebstahl Verbrechen und warum solle gerade rassistischen Übergriffen eine besondere Aufmerksamkeit geschenkt werden? Dabei darf nicht vergessen werden, dass Howard selbst ein übler Rassist ist. Er hetzt immer wieder offen gegen MigrantInnen und seine Regierung betreibt seit Jahren eine :: rassistische Migrationspolitik, die die Zwangsinternierung (:: mandatory detention) von AsylwerberInnen vorsieht. In Lagern, oft mitten in der Wüste oder zunehmend außerhalb australischen Hoheitsgebietes auf vorgelagerten Inseln, werden Flüchtlinge jahrelang interniert und müssen in völliger Isolation auf den Ausgang ihrer Asylverfahren warten. Immer wieder kam es zu :: Aufständen in den Lagern, zuletzt in Baxter, wo Teile des :: Lagers in Flammen aufgingen.
Für die EU ist die australische Flüchtlingspolitik ein Vorbild für den Ausbau einer harmonisierten Abschottungspolitik: Die Lager in Australien werden von privaten Sicherheitsfirmen oder von Organisationen wie der IOM (siehe Nauru) geleitet. In den letzten Jahren versucht die australische Regierung verstärkt, Flüchtlinge von ihrem Hoheitsgebiet fern zu halten. Im Rahmen der :: „pazifischen Lösung" wurden Lager auf Inseln rund um Australien errichtet. Militärschiffe patroulieren im Pazifik und sorgen dafür, dass möglichst wenig Flüchtlinge :: Australisches Festland erreichen, da sie dort das Recht hätten, einen Asylantrag zu stellen. Sie werden auf den Inselstaaten interniert, die dafür finanzielle Vergünstigen von Australien erhalten. MenschenrechtsaktivistInnen und NGO's wird der Zutritt zu den Lagern verwehrt. Die Flüchtlinge verfügen über keinerlei Rechtsbeistand und sollen möglichst schnell wieder „zurück gebracht" werden. Es kam in den vergangen Jahren immer wieder zu Deportationen in Kriegsgebiete, wie Afghanistan oder den Irak, wo Australien selbst in die militärischen Auseinandersetzungen involviert ist.

Gerechtfertigt wird die Abschottungspolitik in Australien mit einer massiven rassistischen Propaganda, die offensichtlich auf Zuspruch bei Neonaziorganisationen stößt und deren Aktionsfeld ausdehnt. Flüchtlinge werden als TerroristInnen bezeichnet, während das offizielle Australien mit den Staaten, aus denen die Flüchtlinge geflohen sind, Geschäfte macht und Kontingente für sog. „GastarbeiterInnen" vereinbart, wie z.B. mit dem Iran. So bekamen parallel zu den Witschaftsverhandlungen im Jahr 2003 Flüchtlinge aus dem Iran :: Rückführungspapiere ausgestellt und zahlreiche wurden deportiert oder verließen unter diesen Umständen „freiwillig" das Land.

**Rassistische Traditionen**

Die rassistische Politik Australiens haben eine lange Geschichte, die bis zur Gründung des Staates zurück geht. Die Kolonisierung durch die BritInnen begann gegen Ende des 18. Jahrhunderts. Die britische Krone deklarierte Australien als „terra nullius", also unbewohntes Land, als sie das Land für sich in Anspruch nahm. Damit verloren die Aborigines jegliche Rechte auf den von ihnen genutzten Boden. Erst 1967 erhielten sie den Status von StaatsbürgerInnen. Es dauerte aber bis 1992, die Bezeichnung Australiens als „terra nullius" zu revidieren, wodurch es für Aborigines und die BewohnerInnen der Torres-Strait Inseln möglich wurde, unter bestimmten Voraussetzungen Ansprüche auf Land zu erheben. Trotz dieser Änderungen auf rechtlicher Ebene ist rassistische Ausgrenzung bis heute Lebensrealität vieler Menschen in Australien.
Doch nicht nur die sogenannte indigene Bevölkerung (Anm. Dieser Begriff wird selten verwendet, da auch die seit Generationen in Australien lebenden Weißen mittlerweile Eingeborene sind. Der Begriff der Aborigines ist dagegen eine Selbstbezeichnung mit langer politische Widerstandstradition) von Australien wurde in der Geschichte mit Rassismen konfrontiert. Auch die Migrationspolitik Australiens wird von Ausgrenzung und Rassismen bestimmt. Die „Kultur der Kontrolle" in der Einwanderungspolitik fand bereits in der berüchtigten „White Australia" Politik ihren Ausdruck. Nach der Bildung des Commonwealth of Australia aus den einst voneinander unabhängigen Kolonien am 1. Januar 1901 wurde Nicht-EuropäerInnen der Zugang ins Land bis in die frühen 1970er Jahre unmöglich gemacht.
Kleine Inhaftierungszentren für EinwanderInnen wurden bereits vor langer Zeit in Sydney, Melbourne und Perth eingerichtet, während inhaftierte ImmigrantInnen in anderen Städten normalerweise in Gefängnisse verbracht wurden. Die routinemäßige Verhaftung von MigrantInnen ohne Visa und die Errichtung von abgelegenen Haftzentren erfolgte jedoch erst nach der Ankunft eines Bootes mit 26 Menschen in Pender Bay im November 1989. Es war das erste offiziell registierte Flüchtlingsboot seit der Versuche von EinwanderInnen in den Jahren 1976 bis 1981, die Küste Australiens mit Booten zu erreichen.
Die Flüchtlinge wurden vom damaligen Premierminister Bob Hawke rasch zu „ökonomischen" Flüchtlingen erklärt. Ihre Inhaftierung entwickelte sich schnell zu einem formalisierten System, bald fanden sich auch andere Rechtfertigungen für den Freiheitsentzug, wie die abschreckende Wirkung gegen weitere Einreiseversuche.

**Rassistische Ausschreitungen und Terrorismus**

Es verwundet also keineswegs, dass es zu rassistischen Ausschreitungen kam - und es ist auch kein Ende in Sicht: Australiens Polizei hat davor gewarnt, am Wochenende nach den Ausschreitungen in Cronulla die Strände von Sydney und seinen Nachbarstädten im Norden und Süden zu besuchen. Es gebe klare Hinweise, dass es zu einer Wiederholung der schweren Auseinandersetzungen vom letzten Sonntag kommen könnte. Dies trag zwar nicht zu, doch mehren sich überall in Australien rassistische Übergriffe, das ganze Land befindet sich im Ausnahmezustand. Die Polizeipräsenz in und um Sydney wurde massiv ausgebaut und schnell neue Gesetze erlassen, die der Exekutive weitere Rechte einräumen. Beamte kontrollieren alle, die nach Cronulla wollen. Auch andere Stadtteile bewacht die Polizei. So soll eine

Wiederholung der rassistischen Krawalle verhindert werden. Doch wird dies nicht so einfach gelingen.
Hier sollte angemerkt werden, dass es an den Ständen rund um Sydney immer schon zu rassistischen Übergriffen kam. Überall sind die sogenannten „Rednecks" (oft bierbäuchige australische „Cowboys" und auch „Girls", die stolz auf ihre sonnenverbrannte „weiße" Haut sind) zu sehen, die den Strand für sich bzw. die Weißen beanspruchen. Leute, die ihnen nicht ins Gesicht passen werde vertrieben. Dabei ist es nicht so einfach, die Leute dem Aussehen nach einnzuteilen. Besser kann es wohl mitunter als ein Konflikt erklärt werden, in dem die Wohlhabenden - meist Nachkommen der EinwanderInnen aus Europa - versuchen, die Leute aus ärmeren Schichten zu vertreiben. Und die Ärmeren sind oft die Nachkommen von Leuten, die später einwanderten. Seit Tagen wird in Sydneys Medien lang und ausführlich über Ausschreitungen am Cronulla Beach berichtet. Knapp gesagt haben weiße AnwohnerInnen beschlossen, der Strand sei der ihre und vor allem Leute die nach herkunft aus middle east (indischer Subkontinent und daran angrenzende Länder) aussehen haben dort nichts zu suchen was zu mehreren Prügeleien führte.

Die Polizei ordnete einen verstärkten Einsatz am Strand an (die Zeitungen schrieben von 90 patroulierenden Cops). Am Sonntag, 11. Dezember stürmten dann 5000 whiteys den strand um ihren nationalistischen, rassistischen und faschistischen Ideen Ausdruck zu verleihen. Unter der Menge befanden sich organisierte Nazis die Kontakt zu deutschen und britischen Organisationen pflegen.
Bei aller Aufmerksamkeit für die Ausschreitungen wird kaum eine Verbindung zur allgemeinen politischen Entwicklung hergestellt. So wurden im September 2005 neue Anti-Terror Gesetze verabschiedet. Diese erlauben es der Exekutive, Menschen die im Verdacht stehen Informationen über eventuelle Terroranschläge zu habe, für zwei Wochen einzulochen und zu befragen. Wer von den Cops mitgenommen wurde, darf nicht mit den Medien darüber sprechen und nicht mehr als einer Person davon erzählen, wo und warum er/sie war. Weiters enthält das neue Gesetzespaket strengere Kontrollen für AnwärterInnen auf die Staatsbürger-Innenschaft und belegt Aufrufe zu Gewalttaten mit einer Gefängnisstrafe. Im Zuge der Umsetzung der neuen Gesetze wurde in der Presse massive Panik vor AusländerInnen geschürt, die als potententielle TerroristInnen bezeichnet werden.
Dazu kommt, dass die Regierung von North-South-Wales als Reaktion auf die Ausschreitungen Notstandsgesetzes in Kraft gesetzt hat, die zuletzt während der Olympischen Sommerspiele 2000 angewandt wurden und in aller Eile ein neues Gesetz beschloss. Dadurch werden der Polizei mehr Rechte eingeräumt, die die Lage mittels repressiven Vorgehens wieder in den Griff bekommen soll.
So wurden unter anderem die Höchststrafen für „UnruhestifterInnen" im Bundesstaat New South Wales massiv angehoben. Die Polizei darf nun nun ganze Bezirke von Sydney abriegeln und Alkohol verbieten. Ebenso wurden die Durchsuchungs- und Abhörbefugnisse erweitert. PolitikerInnen rechtfertigen dies mit einem Vorgehen gegen „Rowdys und Kriminelle die unserer Gesellschaft den Krieg erklärt haben" damit, dass es sich bei den Unruhen in erster Linie um eine Frage von „law and order" handle und nicht um soziale Missstände zwischen Bevölkerungsgruppen. Die Konflikte werden auf eine Auseinandersetzung zwischen „kriminellen Gangs" dargestellt, die von „Rassisten auf beiden Seiten" angetrieben würden. (Siehe Wiener Zeitung vom 16. Dez 2005)
Diese vereinfachte Darstellung (basierend auf Kommentaren auf indymedia) klingt etwas unglaubwürdig paranoid, bei näherem Interesse sei jedoch ein Blick in die angegebenen Links oder eigenständige Suche im Internet empfohlen.
Bisher ist keine sinnvolle politische Antwort auf die Ausschreitungen zu erkennen. Alle getroffenen Maßnahmen zielen auf mehr Repression, gehen aber an einer Lösung des Problems vorbei. Die Situation für Leute in Sydney, die ihrem Erscheinungsbild nach dem Mittleren Osten zugerechnet werden, ist extrem angespannt. Allein durch die australischen SoldatInnen im Irak und die damit verbundenen Medienberichte (z.B. über Anschläge auf diese), aber auch aufgrund einer langen Tradition des keep-australia-white Wahnsinns, der in partyartiger Stimmung auf den Stränden

ausgelebt wird, ist der Weg zur Erwerbsarbeit, das Einkaufen und vor allem der Badeaufenthalt am Strand gefährlich.

Dies zeigte sich nicht zuletzt am 11. Dezember 2005. Im Zuge des rassistischen Aufmarsches kam es zu mehreren Übergriffen mit zahlreichen Verletzten und anschließenden Straßenschlachten mit der Polizei. In den darauffolgenden Tagen spitzte sich die Lage weiter zu, es folgten Auseinandersetzungen zwischen Jugendgangs und dem rassistischen Mob, der sich mittels elektronischer Nachrichten (SMS, Internet usw.) immer wieder neu organisierte. Whities zogen durch die Straßen und griffen wahllos Leute an, demolierten Autos und schlugen Schaufenster ein. Nach mehreren Tagen der Ausschreitungen in Sydney werden auch aus anderen Teilen des Landes vermehrt rassistische Übergriffe gemeldet, RassistInnen und Neonazis organisieren sich und es wird davon geredet, dass sich weitere gezielte Übergriffe auf Muslime und MigrantInnen planen.

So haben die Nazi-Aktivitäten auch im Internet massiv zugenommen, u.a. wird in diversen Foren zum „wahren Kampf für ein weißes Australien" aufgerufen und gedroht, Cronulla sei nur der Anfang. Tatsächlich auch schon in anderen Gegenden zu vermehrten Übergriffen gekommen.

Verstärkt wird dies durch die via Massenmedien verbreiteten antiarabischen und antimuslimischen Ressentiments. (siehe dazu Islamophobia Watch)

**Proteste**

Angesichts der rassistischen Ausschreitungen haben sich viele Leute organisiert und gegen die Übergriffe gewehrt. Deshalb wird nun sehr oft von Bandenkriegen unter betrunkenen Jugendlichen gesprochen, was aber angesichts der obigen Ausführungen als reines Ablekungsmanöver von den eigenlichen Problemen verstanden werden kann.

An zahlreichen Orten Australiens kam es zu antirassistischen Demonstrationen. Am Wochenende von 16.-18. Dezember 2005 beteiligten sich u.a. in :: Adelaide, :: Brisbane, :: Melbourne, :: Perth, :: Sydney und Newcastle tausende AktivistInnen an Demonstrationen. Weitere Infos zu den Protesten u.a. auf :: racismno.blogspot.com und :: Melbourne Indymedia: Many groups are calling for a demonstration against racism (16. Dec 2005).

Im Rahmen der Demonstration in Melbourne am 16. Dezember 2005 wurde in Redebeiträgen auf eine Aussage John Howard's im Zuge der :: Tampa Affäre im August 2001 hingewiesen. Damals sagte er: „Wir entscheiden, wer in dieses Land kommt und unter welchen Umständen sie ins Land kommen." Diese Aussage wurde mit den Ereignissen in Cronulla Verbindung gesetzt. An den Stränden in Sydney wurden willkürliche Kontrollen durchgeführt und entschieden, wer diese betreten darf und wer nicht. Die Leute, die diese „Kontrollen" durchführten, sollen T-Shrits mit der Aufschrift „ethnische Säuberungseinheit" („Ethnic Cleasing Unit") getragen haben. Dabei stützen sich die RassistInnen auf Stereotype, die vor allem über Aussagen von PolitikerInnen und die Medien verbereitet werden. Das Australian Arabic Council ermahnte die Medien wegen deren Verwendung von rassistischen und stereotpen Verläumdungen wie mit der Darstellung „libanesischer Gangs" und wies auf die direkt daraus resultierenden Konsequenzen in der Form rassistischer Übergriffe hin.

In Australien haben sich in den letzten Jahren immer mehr Menschen an Protesten vor allem gegen die rassistische Asyl- und Migrationspolitik beteiligt. Die aktuellen rassistischen Ausschreitungen sind u.a. eine Folge dieser Politik, die mehr und mehr Widerstand und Kritik an der Regierung hervorruft. Und die Entwicklungen in Australien erfordern tatsächlich massiven Widerstand. Nicht umsonst wird seit langem darauf hingewiesen, dass sich Australien mehr und mehr zum Polizeistaat entwickelt, der nach rassistischen Kriterien organisiert ist - in der langen Tradition des „weißen Australien". Ob diese Entwicklung gestoppt oder umgekehrt werden kann, ist zum heutigen Zeitpunkt und aus der Ferne jedoch schwer zu beurteilen.

Hugo Chavez und Evo Morales

# Umkehr eingeleitet

## Boliviens gewählte Regierung kündigt die Abkehr von der neoliberalen Politik der vergangenen Jahre an

*Telepolis, Harald Neuber 27.12.05*

Präsidentschaftswahl in Bolivien

Wenige Tage nach seiner Wahl zum Präsidenten hat Evo Morales, der Anführer der Bewegung zum Sozialismus ( Movi-miento al Socialismo, MAS), die Umkehr des aktuellen Wirtschaftsmodells in Bolivien angekündigt. Im Zentrum der Reformen soll die Annullierung des Präsidialdekretes 21060 stehen, mit dem 1985 die Grundlagen für den Neoliberalismus in Bolivien gelegt wurden. Mit dem Erlass wurde damals der Kündigungsschutz ebenso aufgehoben wie die Reglementierung für die Einfuhr von Waren aus dem Ausland, was die ohnehin schwache Binnenwirtschaft weiter verdrängte.

„Wir werden das Wirtschaftsmodell grundlegend ändern", verkündigte Morales am vergangenen Freitag auf einem Gewerkschaftskongress unter dem Applaus der Anwesenden. Carlos Villegas, ein Wirtschaftsberater des designierten Präsidenten, kündigte derweil die verstärkte Besteuerung höherer Einkommen an. Wer mehr als achttausend Bolivianos (rund 843 Euro) verdient, soll künftig mehr Abgaben an den Staat leisten.

Die jüngste Linksregierung in Lateinamerika folgt damit zunächst einer klassisch sozialdemokratischen Politik. Zwar war die neoliberale Öffnung des bolivianischen Marktes 1985 unter Präsident Víctor Paz Estenssoro mit dem Argument vollzogen worden, das nationale Wirtschaftssystem zu stabilisieren. Dass dies massiv zu Lasten der Beschäftigten – besonders der Geringverdienenden – ging, zeigte sich jedoch in den Folgejahren.

Eine grundlegende Kehrtwende war unter dem Sozialisten Evo Morales daher durchaus zu erwarten. Beobachter richten ihr Augenmerk aber auf zwei andere Bereiche. Einerseits wird aufmerksam verfolgt, wie Morales die sozialen Bewegungen in das institutionelle Gefüge des Staates einbindet. Zum anderen interessiert die Frage, wie sich seine Regierung den privaten Energieunternehmen gegenüber verhält, die seit der Privatisierung des Erdgases 1996 in das Land geströmt sind. Derzeit sind immerhin 17 transnationale Konzerne in Bolivien tätig.

**Evo Morales – ein Populist?**

Tatsächlich geht die Herausforderung an die neue Regierung weit über eine wirtschaftspolitische Korrektur hinaus. Wie in anderen Staaten Lateinamerikas haben die neoliberalen Reformen, die in unterschiedlichem Maße seit Beginn der achtziger Jahre mit Ausnahme Kubas in der gesamten Region durchgesetzt wurden, zu einer fortschreitenden sozialen Marginalisierung geführt. Damit einher ging, ob von den Betroffenen selbst so entschieden oder wie in Chile während der Diktatur staatlich forciert, die Abkopplung dieser Teile der Bevölkerung von politischen Entscheidungsprozessen. Ein Trend, der sich durchaus durch Zahlen belegen lässt. In Venezuela etwa hat die Teilnahme an Wahlen seit den achtziger Jahren, weit vor der Regierung Chávez also, stetig abgenommen. In Bolivien ist die Wahlbeteiligung nach Angaben des dortigen Nationalen Wahlrates in den letzten zwei Jahrzehnten ebenfalls um 20 Prozent gesunken. Auch wenn sie zuletzt mit 70 Prozent noch vergleichsweise hoch lag, machen bolivianische Analysten immer wieder auf den Trend zur Enthaltung aufmerksam, der trotz bestehender Wahlpflicht anhält.

Wie Hugo Chávez in Venezuela versucht daher offenbar auch Evo Morales, die politische Teilhabe der gesamten Bevölkerung wieder zu stärken. Auf dem Kongress der Bergbaugewerkschaft FSTMB forderte er nach seiner Wahl die aktive Teilnahme sozialer Organisationen in der kommenden Regierung. Mit der Berufung von Gewerkschaftern und Vertretern indigener Gruppen in Regierungsämter soll eine rasche Umsetzung der Wahlversprechen gewährleistet werden. „Mein Wunsch ist es, dass die sozialen Kräfte des Landes an den Entscheidungen der staatlichen Institutionen Anteil haben", so Morales. Es wäre nicht verwunderlich, wenn ihm diese Linie schon bald den (diffamierenden) Vorwurf des Populismus und Klientelismus einbringt. Eine ähnliche Politik der Interaktion zwischen Regierung und Basisbewegungen pflegt schließlich auch Hugo Chávez in Venezuela.

**Sanfte Töne in der Energiepolitik**

Bedeckt halten sich Morales und sein Team bislang zum Umgang mit den Erdgasressourcen des Landes. Mit geschätzten 1,5 Billionen Kubikmetern Erdgas steht der Andenstaat in Lateinamerika auf Platz zwei nach Venezuela. Bislang hat der Reichtum Bolivien aber recht wenig gebracht. Die Exporte fossiler Brennstoffe machen derzeit gerade einmal zehn Prozent des Bruttoinlandsproduktes aus. Selbst die schwache Binnenindustrie liegt bei 17 Prozent, der Agrarsektor bei 15 Prozent.

Im Wahlkampf hatte der Anführer der MAS eine umgehende Rückverstaatlichung der Gasvorkommen und -förderanlagen versprochen, um die Einnahmen für den Staat zu steigern. Nun schlägt Morales ruhigere Töne an. Wie der spanische Dienst der Nachrichtenagentur Reuters berichtet, versicherte Morales ausländischen Privatkonzernen unmittelbar nach seiner Wahl, „ihr Recht, die getätigten Investitionen über die laufenden Geschäfte wieder einzunehmen". Die Frage des Umgangs mit den Gasvorkommen wird für Morales nach seinem Amtsantritt am 22. Januar eine Gratwanderung werden. Auf der einen Seite will er ausländische Privatkonzerne (noch) nicht verschrecken. Auf der anderen Seite drängen die Basisorganisationen wie der Gewerkschaftsdachverband COB auf eine rasche Rückführung der Gasvorkommen in Staatsbesitz. Es hat den Anschein, dass Morales versucht, Zeit zu gewinnen. Zwar hat er die Wahl dem mehrfach korrigierten Ergebnis zufolge mit knapp 54 Prozent der abgegebenen Stimmen gewonnen. Anfang Januar soll das endgültige Ergebnis bekannt gegeben werden. Doch auch wenn sich der Abstand zum rechtskonservativen Herausforderer Jorge Quiroga weiter vergrößert hat – die reichen Provinzen Santa Cruz und Tarija sind politisch und wirtschaftlich nach wie vor von der weißen Oberschicht dominiert. Bevor die Regierung weitere Schritte unternimmt, muss sie die Kräfteverhältnisse in diesen Teilen des Landes zu ihren Gunsten verändern. Diese Notwendigkeit besteht umso mehr, als dass in diesen beiden Provinzen Autonomiebestrebungen bis hin zu separatistischen Tendenzen inzwischen offen vertreten werden.

# Neoliberalismus abgewählt

## In Bolivien gewinnt der Sozialist Evo Morales die Präsidentschaftswahl

*Telepolis, Harald Neuber 20.12.05*

Mit einem so überwältigenden Sieg hatte Evo Morales wohl selbst nicht gerechnet. Nach dem Endergebnis wurde der 46-jährige Aymara-Indio am Sonntag mit 51 Prozent der Stimmen zum künftigen Präsidenten Boliviens gewählt. Wahlvorhersagen hatten weder ihm noch dem neoliberalen Herausforderer Jorge Quiroga den Sprung über die 50-Prozent-Marke zugetraut. Mit der absoluten Mehrheit bleibt dem Land nun eine undemokratische Prozedur erspart. Dem bolivianischen Wahlrecht zufolge wird der Präsident vom Parlament bestimmt, sofern keiner der Kandidaten im ersten Wahlgang die absolute Mehrheit erreicht. Eine Stichwahl ist nicht vorgesehen. Die Regelung hatte in der Vergangenheit ein beispielloses Geschacher um Einfluss und Posten zwischen den Parteien ebenso gefördert wie direkte Korruption und Stimmkauf.

Der Präsident der Bewegung zum Sozialismus (Movimiento al Socialismo, MAS) verdankt seinen Sieg maßgeblich zwei Entwicklungen. Zum einen hat seine Partei in den vergangenen Monaten systematisch um ein Bündnis mit der bürgerlichen Mitte geworben. Während der sozialen Unruhen, die am 6. Juni zum Rücktritt von Präsident Carlos Mesa führten und damit den Weg zu Neuwahlen ebneten, verhandelte die MAS im Parlament mit Rechtsparteien, während Evo Morales die Demonstranten kraft seiner Popularität zum Abbruch der Proteste bewegte. Dieses Vorgehen hatte Morales das Vertrauen von Teilen der Oberschicht gesichert. Zum anderen ist die MAS seit ihrer Gründung 1987 in dem Maße aufgestiegen, wie sich die alten Parteien durch Korruption, Vetternwirtschaft und Missmanagement selbst demontiert haben. Ein ähnlicher Prozess hat auch in Venezuela 1998 zum Wahlsieg von Hugo Chávez und seiner Bewegung Fünfte Republik geführt. Die in Bolivien 1941 gegründete Nationale Revolutionäre Bewegung (Movimiento Nacional Revolucionario, MNR) konnte am Sonntag gerade noch 6,7 Prozent auf sich vereinigen. Auch die beiden Kandidaten neben Evo Morales, Jorge Quiroga und Samuel Doria Medina, hatten offensichtlich kein Vertrauen in die alte Parteienordnung mehr. Sie gründeten mit PODEMOS (Wir können) und der Unidad Nacional (Nationale Einheit, UN) zwei neuen Gruppierungen. Auf Quiroga entfielen 31,9 Prozent der Stimmen, Doria Medina erhielt 8,2 Prozent. Streitpunkt und soziales Problem: Die Koka-Frage Evo Morales hatte seinen politischen Einfluss vor allem mit der Forderung nach einer Legalisierung des Anbaus von Koka ausbauen können. Rund 80 Prozent der bolivianischen Bevölkerung gehört einer der indigenen Gruppen an. Der Koka-Anbau hat in dieser Bevölkerungsmehrheit zum einen hohen traditionellen Wert. Viele Familien hängen wirtschaftlich vom Anbau der Koka-Pflanze ab. Die MAS unter Evo Morales hatte sich daher vor allem gegen die US-Regierung positioniert. Washington verteidigt seit Jahren kompromisslos die Vernichtung von Koka-Feldern in Südamerika, um so vorgeblich den Drogenhandel in den Griff zu bekommen.

Vor allem in Kolumbien, aber auch in Bolivien und Ecuador hatte diese Politik verheerende soziale Auswirkungen. Durch die Ausbringung von Herbiziden wurden in diesen Ländern fruchtbare Böden vergiftet. Organisationen von Landarbeitern und Menschenrechtsgruppen beklagen gesundheitliche Folgen für die Bewohner der betroffenen Gegenden. Die MAS wendet sich entschieden gegen eine Fortführung dieser aggressiven Bekämpfung des Koka-Anbaus. Das Drogenproblem, so fordert Morales seit Jahren, müsse in den Konsumentenstaaten bekämpft werden. Der Streit hat konkrete politische Auswirkungen. Die Bekämpfung des Koka-Anbaus obliegt in den USA der Drug Enforcement Administration (Drogenbekämpfungsbehörde, DEA), die in Südamerika eng mit den Außenposten der US-Armee zusammenarbeitet. Der DEA wurde daher wiederholt vorgehalten, die Militarisierung der Region durch die USA zu befördern. Tatsächlich wurde der Vorwurf des „Drogenterrorismus" aus den USA auch schon gegen die MAS erhoben.

### Umkehr der Wirtschaftspolitik erwartet

Die ablehnende Haltung Washingtons erklärt sich zudem aus dem wirtschaftspolitischen Programm der MAS. Evo Morales gilt als Widersacher der neoliberalen Politik der vergangenen Jahre. Vor allem aber tritt er für die Rückverstaatlichung der Erdgasvorkommen ein, die 1996 privatisiert worden waren. Die darauf folgenden Proteste hatten das Land seither nicht mehr zur Ruhe kommen lassen. Bolivien verfügt über derzeit 1,5 Billionen Kubikmeter bestätigter Erdgasvorkommen. Zugleich ist es der ärmste Staat Südamerikas. Außenpolitisch wendet sich Morales entschieden gegen die US-amerikanischen Freihandelspläne. Washington will mit der Free Trade Area of the Americas (Gesamtamerikanische Freihandelszone, FTAA/ALCA) die Zollschranken von Alaska bis Feuerland beseitigen. In Lateinamerika trifft das Projekt jedoch auf zunehmenden Widerstand. Auch Evo Morales, der dem kubanischen Staatschef Fidel Castro und dem venezolanischen Präsidenten Hugo Chávez nahe steht, lehnt eine Unterstützung dieses Vorhabens ab. Wie Argentinien, Brasilien, Kuba, Paraguay, Uruguay und Venezuela spricht er sich für eine regionale Wirtschaftsintegration aus. Sein designierter Vizepräsident Alvaro García Linera propagiert einen „andinen Kapitalismus". Ziel der Politik müsse zunächst die Entwicklung der Binnenökonomie sein. Immerhin arbeiteten 70 Prozent der Menschen in den Städten in Familienunternehmen, auf dem Land seien 95 von der Landwirtschaft abhängig. García Linera will an das soziale Entwicklungsprojekt der Revolution von 1952 anknüpfen und einen „starken Staatskapitalismus" fördern. Revolutionär ist das zwar keineswegs. Aber sein Prinzip bricht mit dem neoliberalen Dogma der vergangenen Jahre. Die kommenden Monate werden zeigen, ob die US-Regierung das zulässt.

# „Frauen haben im heutigen Irak keinen Schutz“

Maike Dimar 14.12.2005

Zur Situation von Frauen im Irak, gezielten Anschlägen und der Forderung nach Abzug der Besatzungstruppen
ein Interview mit Houzan Mahmoud von der „Organisation für die Rechte der Frauen im Irak“

**Fast täglich kommt es zu Erschießungen, Entführungen, Vergewaltigungen und Ermordungen von Mädchen und Frauen durch bewaffnete Gruppen. Frauen im Irak leben heute gefährlicher als in den Jahren zuvor. Besonders, wenn sie sich für ihre Rechte einsetzen und gegen frauenfeindliche Angriffe zur Wehr setzen.**
**Frauenrechtlerinnen werden immer wieder Opfer von gezielten Anschlägen. Eine der ersten, die Morddrohungen erhielt, war Yanar Mohammed, die Präsidentin der Organisation für die Rechte der Frauen im Irak (1) (OWFI), einer irakischen Fraueninitiative. Ihre Gruppe organisiert Demonstrationen gegen Vergewaltigung, Entführung und „Ehrenmorde“. Die Organisation gibt eine Zeitung heraus und unterhält Schutzräume für Frauen, die von Gewalt und Mord bedroht sind. Deren Zahl wächst ständig, seit im Irak fundamentalistische und erzreligiöse Gruppen Auftrieb erhalten.**
**Maike Dimar sprach mit Houzan Mahmoud von der „Organisation für die Rechte der Frauen im Irak“.**

**Die Situation für Frauen im Irak heute soll schlechter sein als in den Jahren zuvor, schlechter als unter Saddam Hussein. Teilen Sie diese Einschätzung?**

Houzan Mahmoud: Das ist leider wirklich wahr, denn die Besatzung im Irak und die ständigen, tagtäglichen Terrorattacken haben die Situation für Frauen im Irak verschlechtert. Vor allem fehlt es völlig an Sicherheit für Frauen. Es ist klar, dass sie im heutigen Irak keinen Schutz haben.

**Verschiedene Studien von Organisationen wie amnesty international verdeutlichen, dass viele irakische Frauen Angst davor haben, das Haus alleine zu verlassen, dass sie nicht mehr zur Schule und Arbeit gehen, dass es viel mehr Gewalt gegen Frauen gibt in den letzten zwei Jahren. Wie sieht die Situation für Frauen heute aus?**

Houzan Mahmoud: Irak ist von den USA und den Alliierten besetzt und sie haben ein Marionettenregime installiert, das kein bisschen Schutz oder Sicherheit für Frauen bietet. Wenn Frauen auf die Straße gehen, ist nicht klar, ob sie wieder gesund und sicher nach Hause kommen. So ist die Situation heute! Tägliche Angriffe auf Menschen, Selbstmordattentate, Vergewaltigung, Entführungen, der Mord an Frauen durch verschiedene, vor allem islamistische Gruppierungen, die die Bevölkerung terrorisieren. Und auch die Besatzungssoldaten selbst haben eine miserable Situation für Frauen geschaffen. Frauen

werden in Haft gehalten, manchmal vergewaltigt oder sexuell missbraucht, manche durch US-Soldaten gefoltert. Man kann deutlich sehen, dass sich die Situation für Frauen nach dem Krieg stark verschlechtert hat.

**Weshalb haben die Rechte von Frauen einen solchen Rückschlag erlitten?**

Houzan Mahmoud: Dieses Regime, das an die Macht gebracht wurde, besteht vor allem aus reaktionären und rechten religiösen Kräften. Politische islamistische Gruppen, die den Frauen eine islamische Lebensweise auferlegen wollen, wurden gestärkt. Sie bieten Frauen nicht nur keinen Schutz, sondern treiben auch noch die Islamisierung der irakischen Gesellschaft und insbesondere für Frauen voran.

**Sie sagten, dass die fehlende Sicherheit einer der Hauptgründe für die schlechte Lebenssituation für Frauen im heutigen Irak ist. Aber was sollte getan werden, um da Abhilfe zu verschaffen?**

Houzan Mahmoud: Die Anwesenheit von Besatzungstruppen im Irak bietet islamistischen Terrorgruppen, die Leute unter dem Vorwand des Kampfes gegen die Besatzung gewaltsam umbringen, eine ständige, grundsätzliche Rechtfertigung und Legitimierung. Aber in Wirklichkeit kämpfen sie nicht gegen die Besatzung, sondern wollen nur ihre eigenen finsteren Regeln der irakischen Bevölkerung und besonders den Frauen auferlegen. Das Ende der Besatzung ist also eine Voraussetzung dafür, von der gegenwärtigen Situation im Irak loszukommen.

**Ihre Organisation ist für das Ende der Besatzung und den Abzug der Besatzungstruppen. Aber was denken Sie, was würde danach sein, glauben Sie wirklich die Lage im Irak würde sich dann verbessern?**

Houzan Mahmoud: Wir haben die Anwesenheit dieser Truppen in den letzten zwei Jahren gesehen. Sie haben nichts getan, sie haben den Frauen im Irak und der Gesellschaft keine grundlegenden Verbesserungen verschafft. Sie hier zu haben, ist also nutzlos, und sie haben sogar noch mehr Elend über unsere Gesellschaft gebracht. Sie haben uns eingeteilt auf der Grundlage von religiösen Sekten, ethnischem Hintergrund und entlang von Stammeslinien, und sie haben ein Regime geschaffen und installiert, das uns nicht repräsentiert. Es ist nur durch und durch proamerikanisch. Alles in allem haben sie nach dem Fall von Saddam Hussein keine gute Lösung gebracht. Wir denken, wenn die Besatzung endet, wird es nicht so schlimm sein wie zuvor, denn der Irak heute hat sich in ein Schlachtfeld verwandelt zwischen all diesen islamischen Gangstern und politischen Gruppen, die nur die Gesellschaft terrorisieren. Auch die Regierung, die sie in den letzten zweieinhalb Jahren installiert haben, ist nutzlos. Wir glauben, dass die irakische Bevölkerung nach dem Ende der Besatzung zumindest die Probleme vom Hals hat, der sie sich durch die Besatzung gegenübersieht.

Houzan Mahmoud

**Aber nun wurde ein Frauenministerium gegründet und ein Viertel der Sitze der Nationalversammlung sind für Frauen reserviert. Macht das Ihrer Meinung nach keinen Sinn?**

Houzan Mahmoud: Dass Frauen im Parlament repräsentiert sind, ist nicht alles. Lassen Sie uns nicht vergessen, dass diese Frauen, die nun im Parlament sitzen, nicht die irakischen Frauen repräsentieren. Sie wurden dort hineingebracht und dazu ausgewählt, um die Interessen der USA zu repräsentieren, nicht etwa, weil sie etwas für die irakischen Frauen getan hätten. Nicht weil sie etwa Frauenrechtsaktivistinnen wären. Die meisten dieser Frauen sind den irakischen Frauen unbekannt. Und mehr noch, sie sind Teil dieses reaktionären Parlaments, das aus reaktionären religiösen Stammesgruppen besteht, und diese Frauen sind Anhängerinnen dieser Politik. Sie sind nicht dort, um wirklich etwas für die Verbesserung der Lebenssituation und Lebensumstände der Frauen zu tun oder zum Schutz der Frauen. Es ist nur zwei oder drei Monate her, dass diese Frauen eine Resolution ins Parlament einbringen wollten, die es Ehemännern oder „Beschützern" erlauben sollten, Frauen zu schlagen, wenn sie nicht gehorsam wären. Das zeigt doch, dass diese Parlamentarierinnen genauso reaktionär sind.

**Es gab viele Bemühungen von Menschen- und Frauenrechtsaktivisten für die Gleichberechtigung von Frauen in der neuen Verfassung. Ihre Organisation hat die Frauen aufgefordert, die Abstimmung zu boykottieren. Weshalb?**

Houzan Mahmoud: Weil diese Verfassung wieder nur von einer Handvoll Leute geschrieben wurde, die von den USA und ihren Alliierten und der gegenwärtigen reaktionären Regierung rausgepickt wurden. Und tatsächlich ist es eine Verfassung, die Frauen- und Menschenrechte voneinander trennt und sie verletzt, denn sie haben die Verfassung auf der Grundlage der Scharia und des islamischen Rechts entworfen. Diese Verfassung ist nicht zum Guten der Bevölkerung. Sie war nur Teil einer Prozedur, um die Regierung, die im Augenblick an der Macht ist, zu legitimieren. Es hat nichts zu tun mit unseren Rechten und Freiheiten und Ansprüchen. Es war vor allem ein Stück Papier.

**Ihre Kritik fiel noch harscher aus. Ihre Organisation, die Organisation für die Rechte der Frauen im Irak, sagte, diese Verfassung bringe den Irak zurück ins finstere Mittelalter. Worauf gründen Sie diese Einschätzung?**

Houzan Mahmoud: Es ist ein Desaster, dass die Verfassung auf dem Islam, einer Religion basiert, als Grundlage für eine Gesetzgebung. Weshalb sollte die irakische Verfassung auf dem Islam begründet sein? Warum sagen sie, dass alle irakischen Gerichte und Richter die Scharia kennen und verstehen müssen und auf dieser Grundlage entscheiden? Wir hatten so etwas nie zuvor - und in der Verfassung steht auch nicht viel drin über Rechte der Frauen. Die Verfassung repräsentiert die reaktionäre Gesinnung derjenigen, denen zur Macht verholfen wurde, und wir haben von ihnen bis jetzt nichts Gutes erfahren. Vor zwei Wochen hat der Erziehungsminister einen Beschluss verabschiedet, um Studentinnen und Studenten an der Universität getrennt zu unterrichten, in verschiedenen Räumen, wo sie vorher zusammen studiert haben. Sie wollen die Studentinnen sogar dazu zwingen, sich zu verschleiern. Das sind nur die ersten Resultate der reaktionären Verfassung. Sie wollen Frauen und Männer trennen und eine Lebensweise wie die in Iran, Saudi-Arabien oder Afghanistan unter den Taliban durchsetzen.

**In letzter Zeit gab es im Irak viele Angriffe auf Frauenrechtsaktiv-istinnen, sogar Morddrohungen und gezielte Tötungen. Ist Ihre Or-ganisation davon auch betroffen?**

Houzan Mahmoud: Ja, natürlich. Unsere Präsidentin Yanar Mohammed war die erste Frau im Irak, die als Frauenrechtsaktivistin und ihrem mutigen Kampf gegen die Scharia Morddrohungen erhielt. Die Verletzung von Frauenrechten und die Bedrohung von Aktivistinnen geht ständig weiter. Unsere Organisation ist ständig in Gefahr, denn wir sind die erste Frauenorganisation innerhalb des Irak, die weltweit bekannt ist für ihren Kampf für Freiheit, Gleichberechtigung und Säkularität im Irak und das sehr unverblümt fordert. Und wir sind auch bekannt dafür, dass wir kompromisslos gegen die Besatzung kämpfen. Wir denken, dass das, was jetzt im Irak geschieht, das Resultat der Besatzung ist.

**Wie kämpfen Sie für die Rechte der Frauen. Was sind die Hauptaktivitäten Ihrer Organisation?**

Houzan Mahmoud: Wir unterhalten Schutzräume, Frauenhäuser für diejenigen, die von Gewalt und Mord bedroht sind, wir haben eine Menge Demonstrationen organisiert. Wir sind die einzige Frauenorganisation, die Frauen in Bagdad gegen Vergewaltigung und Entführung und die Tötung von Frauen auf die Straße brachte, und wir organisierten eine internationale Kampagne dagegen. Das war 4 Monate nach der Besetzung. Wir haben den 8. März öffentlich in Bagdad gefeiert und tausende Frauen schlossen sich den Demonstrationen für Freiheit, für die Trennung von Staat und Religion an. Wir haben viele Konferenzen über die Gleichberechtigung der Frau abgehalten, für eine egalitäre irakische Verfassung. Wir kämpften gegen die Resolution 137, dass die Scharia als Gesetzgebung eingeführt werden sollte. Wir veröffentlichen in Bagdad eine Zeitung mit dem Titel „Gleichberechtigung“. Wir gehen an Arbeitsplätze, in Gefängnisse, in Fabriken, um das Bewusstsein der Frauen über ihre Rechte, Gleichberechtigung und Freiheit zu fördern, und auch, um sie gegen die Besatzung zu und für ein Ende der Herrschaft der Islamisten über unser Leben zu mobilisieren.

**Ihre Organisation ist in ihren Äußerungen und Forderungen sehr säkular und sehr radikal. Glauben Sie, dass Sie damit die Frauen – und auch die Männer – im Irak erreichen und überzeugen?**

Houzan Mahmoud: Das sind keine unbekannten, keine ungewohnten Ideale für die irakische Bevölkerung, denn wir hatten immer eine säkulare Gesellschaft im Irak. Wir hatten nie einen islamischen Staat, wir hatten nie eine Gesetzgebung, die rein auf der Scharia fußte. Weshalb sollte das also seltsam und fremd für die Leute sein? In Wirklichkeit stoßen wir damit auf große Zustimmung und es ist ein wichtiger und auch anziehender Teil unserer Organisation. Ich glaube wirklich nicht, dass es in unserer Gesellschaft seltsam sein könnte, wenn man die säkulare Geschichte des Irak und seiner Bevölkerung berücksichtigt.

Links
(1) http://www.equalityiniraq.com/english.htm

Interview gefunden bei Telepolis

# Demokratie für Anfänger

## Seit einem Jahr lernen Zuwanderer in Integrationskursen das wahre Deutschland kennen. Einen Kurs in Hamburg besuchte agnes saberski

Wie wurden die BRD und DDR zu einem Staat? a) Die BRD hat die DDR erobert. b) Die fünf östlichen Bundesländer sind der BRD beigetreten. c) Die westlichen Bundesländer haben die DDR gekauft.« Hätten Sie's gewusst? Es geht noch kniffliger: »Wie viele Ausbildungsberufe gibt es in Deutschland?« Oder: »Allerheiligen ist der Feiertag, an dem man in der katholischen Kirche a) für die gute Ernte dankt, b) an eine geliebte Person denkt und ihr ein Herz schenkt, c) an die Verstorbenen denkt und an ihren Gräbern betet.«

Die deutsche Leitkultur lässt grüßen. Der Verlag Langenscheidt hat einen Modelltest für den 30stündigen Orientierungskurs herausgegeben, der den Abschluss des insgesamt 600 Stunden umfassenden Integrationskurses bildet, zu dem Migranten nach dem neuen Zuwanderungsgesetz verpflichtet sind.

Bisweilen drängt sich beim Durchblättern dieses und anderer Lehrbücher der Eindruck auf, dass die Mi-gran-ten zusätzlich einen Anfängerkurs in Demokratie, Religionsfreiheit und Kindererziehung absolvieren. »Die Kindererziehung in Deutschland ist a) hauptsächlich Aufgabe des Staates, b) hauptsächlich Aufgabe der Eltern, c) Aufgabe der Großfamilie« wird da etwa gefragt. Oder aber: »Wenn man ein Kind schlägt, a) gehört das zur Erziehung, b) ist das kein Problem, c) macht man sich strafbar.«

Es bedarf schon der Mühe der Lehrenden, den Orientierungskurs etwas lebensnaher zu gestalten. Zum Glück geben sich viele von ihnen die Mühe.

»Was fällt euch zu Bayern ein?« fragt Cornelia Witter*, die an einer Hamburger Bildungseinrichtung unterrichtet, die 23 Männer und Frauen aus der Türkei, aus Afghanistan, Russland, Chile, Ecuador, Iran, Indien, Ghana und Gambia. Das Klassenzimmer ist groß und hell. Die Kursteilnehmer blicken auf eine bunte Landkarte, Witter zeigt auf Bayern. Es fallen die Worte »Oktoberfest«, »Bier«, »Berge« und »München«. »Bayern, oh je, da sind viele Nazis«, ruft Daniel da Cruz* in die Runde. Rechtsextremismus ist allerdings im Orientierungskurs nicht als Thema vorgesehen.

Der Crashkurs in Sachen Deutschland muss kurz vor der Abschlussprüfung zum »Zertifikat Deutsch« belegt werden. Ein festes didaktisches Konzept existiert noch nicht, doch die Ziele hat das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge in Nürnberg bereits formuliert: Er soll das »Verständnis für das deutsche Staatswesen wecken«, »eine positive Bewertung des deutschen Staates« entwickeln, »Kenntnisse der Rechte und Pflichten als Einwohner und Staatsbürger vermitteln« und »zur Teilhabe am gesellschaftlichen Leben befähigen«. Außerdem gibt es Empfehlungen für die Träger des Kurses: »Der Orientierungskurs soll neben Alltagswissen Kenntnisse der Rechtsordnung, der Kultur und der Geschichte in Deutschland vermitteln.«

Themen wie das Wahlrecht, das Sozialstaatsprinzip, Föderalismus und staatsbürgerliche Rechte (»Einhaltung der Gesetze«, »Zahlung von Steuern«) stehen auf dem Programm. Die Geschichte Deutschlands beginnt nach den Empfehlungen des Bundesamts mit dem Jahr 1945. Das »Wirtschaftswunder« und die Deutsche Einheit stehen ganz oben. Unter der Rubrik Kultur sollen das »Gebot der Pünktlichkeit« und andere einzuhaltende Regeln (»kein Besuch ohne Ankündigung«, »alltäglicher mitmenschlicher Umgang«, »Einhaltung von Ruhezeiten«, »Ordnung und Sauberkeit (Mülltrennung)«) behandelt werden. Außerdem könne die Trennung von Beruf und Privatsphäre beleuchtet werden: »Schenken ist allgemein auf die Privat-sphä-re zu beschrän-ken (Bestechung/Korruption)«. Weitere Unterpunkte sind »Sachlichkeits- und Zielorientierung im Beruf«, »Das ›Zeit-ist-Geld-Prinzip‹« sowie »Erst die Arbeit, dann das Vergnügen«.

Farzana Nabi* ist den Tränen nahe. Bei ihr stehen weder Arbeit noch Vergnügen an. »Nur zwei Stunden am Tag, warum ist das nicht möglich?« Die hoch gewachsene Frau aus Afghanistan hat ein Hotel in St. Pauli gefunden, das sie als Putzhilfe beschäftigen würde, wenn sie eine Arbeitserlaubnis bekäme. Theoretisch ist das möglich, doch die Hamburger Behörden bleiben hart. Weil den Job auch eine Deutsche machen könnte, bekommt ihn die Afghanin nicht – mehrmaliges Nachfragen, das Einschalten eines Anwalts und die Tatsache, dass die Arbeitsstelle schon seit zwei Monaten vakant ist, nützen nichts.

Nabi streicht sich die schwarzen Locken aus ihrem Gesicht. »Das darf ich nicht, dies darf ich nicht«, ärgert sie sich. Seit fünf Jahren ist die allein erziehende Mutter dreier Kinder in Deutschland, sie möchte hier leben und arbeiten. Doch sie besitzt nur eine kurzfristige Duldung, und Hamburg schiebt seit einigen Monaten wieder Flüchtlinge nach Afghanistan ab. So bleibt ihr ein Integrationskurs offiziell verwehrt: Nur Migranten, die sich »dauerhaft« in der Bundesrepublik aufhalten werden, haben einen Anspruch auf den öffentlich geförderten Deutschkurs, heißt es bei der Nürnberger Behörde.

Den Kurs besucht Nabi trotzdem. Ihr Status lautet »Gast«, und sie muss die volle Gebühr zahlen. 100 Unterrichtsstunden in sieben Wochen kosten 150 Euro in einer interkulturellen Bildungseinrichtung. Und das ist noch billig. An der Volks-hochschule müssen Selbstzahler 205 Euro berappen. Nach der neuen Regelung haben einzig neu zuwandernde Ausländer und Spätaussiedler sowie deren Familienangehörige einen Anspruch – aber auch die Verpflichtung –, an einem Integrationskurs teilzunehmen. Schon länger in Deutschland lebende Migranten und EU-Bürger können nur einen Kurs belegen, wenn noch Plätze frei sind.

Neben Nabi steht Metin Aydin* im Treppenhaus der Sprachschule im Stadtteil Altona. Gerade hat sich der junge Mann aus der Türkei nach einem Kurs erkundigt. »Ich will doch nur Deutsch lernen! Das ist alles«, schimpft er. Er hat keine Lust, wie auf der Behörde seinen Pass vorzuzeigen, eine Kopie davon zu machen, auf Formularen das Jahr seiner Einreise einzutragen und sich in der Rubrik »Grund der Einreise« zwischen »Familiennachzug zu einem deutschen Ehegatten (Nachweis der deutschen Staatsangehörigkeit beifügen)«, »Familiennachzug zu einem ausländischen Ehegatten (Kopie des aktuellen Aufenthaltstitels des Ehegatten beifügen)« oder »Sonstige(n) Gründe(n)« entscheiden zu müssen. »Was wollen die immer wissen«, fragt er, schlägt seinen Kragen hoch und schüttelt den Kopf.

Den meisten, die einfach nur Deutsch lernen wollen, bleibt das bürokratische Verfahren nicht erspart. Rund 170 000 Migranten besuchen derzeit in ganz Deutschland Integrationskurse, in Hamburg sind es etwa 4 000. Immer mehr Kursteilnehmer verpflichtet die Hamburger Ausländerbehörde zur Teilnahme, vor allem diejenigen, die seit Januar 2005 neu eingereist sind. »Die wenigsten verstehen das System der Integrationskurse. Oft ist ihnen unklar, dass Behörde und Schule zwei getrennte Einrichtungen sind«, sagt die Deutschlehrerin Witter.

Über Sanktionen ist bislang noch nichts bekannt, aber das Bundesamt lässt mitteilen: »Wer trotz Teilnahmepflicht nicht an einem Kurs teilnimmt oder einen begonnenen Kurs abbricht, muss mit Schwierigkeiten bei der Verlängerung der Aufenthaltserlaubnis rechnen. Außerdem kann die Verletzung der Teilnahmepflicht bei der Gewährung von Sozialleistungen (Kürzungen bis zu 10 Prozent möglich) und bei der notwendigen Frist für eine Einbürgerung berücksichtigt werden.« Willkommen in Deutschland!

** Name von der Redaktion geändert*

geklaut aus der Jungle World 51/52

# BIG BROTHER AWARDS.de

## Kategorie Technik

**[illegible]**

**[illegible]**

**[illegible]**

Popeln Sie manchmal in der Nase, wenn grad keiner guckt? Sitzen Sie bei langweiligen Vorträgen gerne schlafend in den hinteren Reihen? Überfallen Sie manchmal Tankstellen? "Wahrscheinlich guckt wieder kein Schwein!" - Dieser berühmte Seufzer von Friedrich K. Waechters Truthahn war schon im Cartoon unberechtigt (ein Schwein guckte und war begeistert). Und wir alle haben immer weniger Anlass zu dieser "Befürchtung", denn alle möglichen Arten von "Schweinen" gucken uns in immer mehr Lebensbereichen zu - ohne dass wir sie sehen könnten. Allerdings verstecken sie sich heute hinter Bildschirmen, die von Videokameras gespeist werden - eine höchst einseitige Blickverbindung, bei der sie sich nicht als Betrachter offenbaren müssen. Dem Beobachteten ist der Blick auf den Beobachter verstellt: er mutiert zum bloßen Objekt der Betrachtung und weiß nicht, wer ihn wann, wie nah und zu welchem Zweck betrachtet, begafft, anstiert oder filmt.

Richter an deutschen Gerichten hingegen sprechen der anonymen Kamera als Vertreterin staatlicher Gewalt inzwischen quasi Persönlichkeitsrechte zu. Bereits im Jahr 2000 entschied das bayerische Oberlandesgericht, dass ein vor laufender Kamera gezeigter Stinkefinger als persönliche (!) Beleidigung der hinter dem Bildschirm spannenden Polizeibeamten anzusehen und ein Bußgeldverfahren berechtigt ist. Das Amtsgericht Stadtroda schrieb im Jahre 2004 einen fast gleichlautenden Fortsetzungsroman. Muss man demnächst befürchten, wegen Beleidigung des Finders verklagt zu werden, wenn man Urlaubsfotos von Menschen mit nackten Hintern auf der Straße verliert?

Da erscheint das folgende Szenario nur folgerichtig: Wenn Sie kurzsichtig sind, im U-Bahnhof Brandenburger Tor erst an Ihrer Freundin vorbeilaufen, mit der Sie verabredet sind, und wieder zurücklaufen, nachdem sie Ihnen nachruft --- dann, ja dann sollten Sie sich schon mal auf einen kleinen Polizeiauflauf um sie herum einstellen - oder sich besser an einem anderen Ort verabreden. Denn genau dieses Verhalten (vorbeilaufen, anhalten, zurücklaufen und anschließend beieinander stehen) legen gemäß einer Analyse typischer Verhaltensmuster Drogendealer an den Tag - und werden damit in Zukunft sofort die Aufmerksamkeit der Mustererkennungssoftware erregen. Und wenn Sie Ihr Verhalten nicht ändern wollen - die Drogendealer werden es mit ziemlicher Sicherheit schnell schaffen. Weswegen man auf Dauer mit der Mustererkennung alleine nicht auskommt.

"Warum also nicht stets die neueste Technologie ausprobieren oder besser: ausprobieren lassen?", dachte sich der Betriebsvorstand der Berliner Verkehrsbetriebe, Thomas Necker. Und deshalb hat er - vielleicht gab es ja auch ein paar zusätzliche Werbeeinnahmen dafür - gleich den ganzen U-Bahnhof Brandenburger Tor als Spielwiese für die Hersteller von Überwachungstechnologie frei gegeben. Die Spielgeräte werden von dankbaren Unternehmen gestellt, die notwendigen Utensilien, nämlich uns, gibt es gratis dazu.

Auch die Deutsche Bahn setzt seit langem, wie ja auch die Berliner Verkehrsbetriebe und mit ihr viele andere städtische Verkehrsbetriebe, auf die flächendeckende Videoüberwachung ihrer Bahnhöfe und Bahnsteige. Da muss man fast dankbar sein, dass man im ICE noch nicht unter Dauerbeobachtung durch ein Videoauge steht - wie dies in vielen Bussen und Bahnen bereits fragwürdige Normalität ist. Aber: bis man in den ICE entkommt, steht man dafür unter besonders gründlicher Beobachtung. Da aber nichts so gut ist, dass man es nicht noch verbessern könnte, plant die Bahn jetzt eine zentrale Überwachungszentrale in Berlin. Hier sollen sowohl der bahneigene Sicherheitsdienst wie auch der Bundesgrenzschutz (der jetzt Bundespolizei heißt) Zugriff auf sämtliche Videokameras auf deutschen Bahnhöfen erhalten. Das angekündigte Ziel besteht in der Ausstattung jedes einzelnen Bahnhofs mit einer an die Berliner Zentrale angeschlossenen Kamera. Abgesehen von der fehlenden rechtlichen Grundlage für die Konstruktion (es gibt z.B. noch keinen Datenschutzvertrag zwischen Bahn und Bundespolizei, wie auch der Berliner Datenschutzbeauftragte säuerlich vermerkte), fragt man sich, wie sinnvoll es ist, wenn man in Berlin sieht, dass in München-Ost gerade jemand überfallen wird. Jedoch geht es vermutlich nicht um so unwichtige Dinge wie Pöbeleien, Vergewaltigungen oder Handtaschenraub, sondern um die ganz großen Gefahren: Terror, bestenfalls noch Raub und Mord, die man nun von Berlin aus zentral im Blick behalten will, wenn man sie schon nicht verhindern kann.

Perfekt ist an dieser Überwachung vor allem eines: Die weitgehende Erfassung großer Lebensbereiche vieler Menschen, die auf die Nutzung öffentlicher Verkehrsmittel angewiesen sind, wie zum Beispiel Pendler oder Schülerinnen und Schüler.

Da könnten einem die Polizeibehörden diverser Kommunen ja fast schon Leid tun, die nicht durch ein Softwareprogramm in Echtzeit potenzielle Verfehlungen der Beobachteten "berechnen" können, sondern das Bildmaterial der zunehmenden Anzahl mobiler Überwachungskameras noch selbst auswerten müssen. Durch die einfache Platzierung dieser mobilen Anlagen bleibt nur allzu oft die ernsthafte Abwägung zwischen Nutzen und Grundrechtseingriff auf der Strecke, wie z. B. in Leipzig, wo trotz offensichtlicher Nutzlosigkeit der Videoüberwachung eines krawallgefährdeten Platzes dessen weitere Überwachung sogar durch öffentlich vorgetragene Lügen durchgeboxt wurde. Auch in Bielefeld wurde es bei der Rechtfertigung der Videoüberwachung im Ravensberger Park mit der Wahrheit nicht so genau genommen. Von großem Erfolg und sinkender Kriminalität berichtete das Ministerium. Das Gegenteil war jedoch der Fall, wie der FoeBuD e.V. für die Jahre 2000 und 2001 errechnete. Die Straftaten im Park sind nach Installation der Kameras 2000 sogar von 6 auf 9 gestiegen. Was nicht ins Bild passte, sollte offenbar passend gemacht werden. Bei derartiger öffentlicher Überwachungswut wundert es fast schon nicht mehr, wenn Private für sich in Anspruch nehmen, was öffentliche Stellen ihnen auf vielfältige Weise vormachen und vorbeten.

"Wozu gesetzliche Hinweisvorschriften beachten, wenn die staatlich organisierte Überwachung doch auch ohne Kenntnis der Überwachten zunehmend im Geheimen arbeitet?" muss sich der Bahnhofsbuchhändler Stilke gedacht haben, als er heimlich Video-Spione in die Decke seiner Hamburger Bahnhofsfiliale einbaute, um die Belegschaft "im Blick zu haben" - ein eindeutig rechtswidriger Vorgang. Und da Angriff bekanntlich die beste Verteidigung ist, sollte der Kollege, der die Kamera zufällig entdeckt hatte, wegen Sachbeschädigung (der Kamera) fristlos entlassen werden.

Videoüberwachung gehört inzwischen so zu unserem Alltag, dass es keine moralischen Hemmschwellen mehr zu geben scheint. Den meisten "Videoten" fällt kaum noch ein, dass es juristische Grenzen geben könnte, die man nicht überschreiten darf.

Wem Unrecht widerfährt oder wer das auch nur befürchtet, ist anscheinend häufig bereit, das Recht in die eigene Hand zu nehmen und Selbstjustiz zu üben. Nicht selten schießen die Protagonisten dabei weit übers Ziel hinaus und verlieren jedes Maß - insbesondere das Persönlichkeitsrecht vieler Betroffener - aus den Augen.

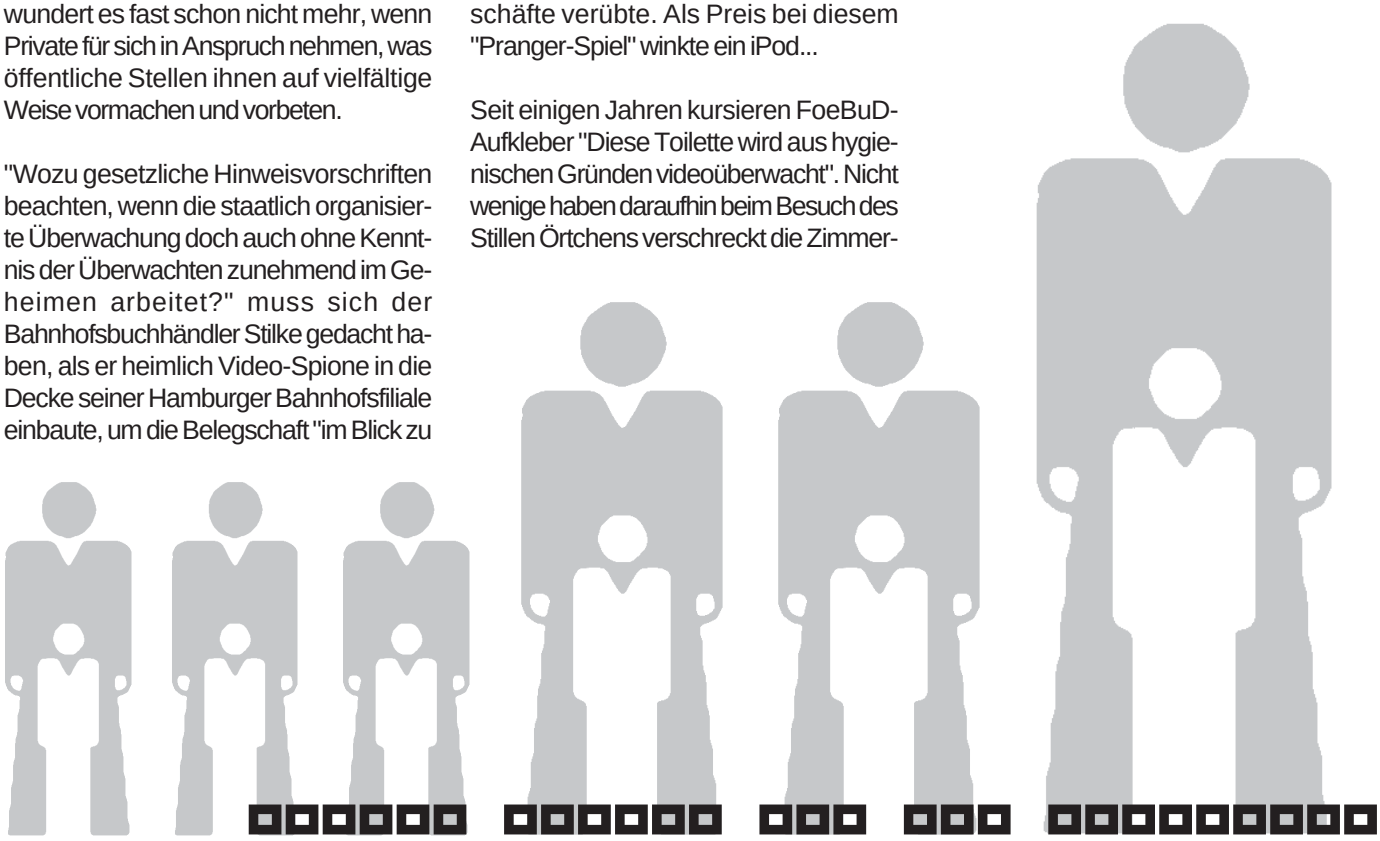
In diese Kategorie fällt auch die heimliche Videoüberwachung und anschließende Internet-Veröffentlichung von Kundenfotos aus Läden des Macintosh-Großhändlers GRAVIS. Der hatte anscheinend Polizei und Staatsanwaltschaft gar nicht erst mit Arbeit behelligen wollen und heimlich aufgenommene Videoaufnahmen von Kunden im Internet veröffentlicht - mit der Bitte um Mithilfe bei der Identifizierung. Angeblich handelte es sich um Mitglieder einer Hehlerbande, die systematisch Einbrüche in GRAVIS-Geschäfte verübte. Als Preis bei diesem "Pranger-Spiel" winkte ein iPod...

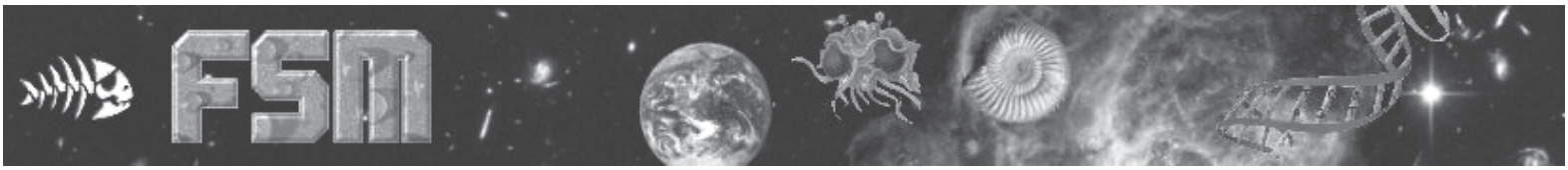
Seit einigen Jahren kursieren FoeBuD-Aufkleber "Diese Toilette wird aus hygienischen Gründen videoüberwacht". Nicht wenige haben daraufhin beim Besuch des Stillen Örtchens verschreckt die Zimmerdecke abgesucht. Aber keine Idee ist so absurd, als dass sie nicht noch von der Realität übertroffen werden könnte: In der "Wellness-Oase Mediterana" in Bergisch Gladbach wird diese Schwelle deutlich überschritten.

Nachdem man den nicht geringen Eintritt bezahlt hat, empfangen einen außer orientalischen Formen, luxuriösen Saunen und angenehmer Musik auch Videokameras an den Decken der Sammelumkleiden. Weder findet sich jedoch die gesetzlich vorgeschriebene Kennzeichnung der Überwachung, noch lässt sich in Erfahrung bringen, wer diese Aufnahmen nackter Leute betrachtet, aufzeichnet oder vielleicht auch mal wieder löscht. Ob es einen Datenschutzbeauftragten gibt, bleibt ebenfalls das Geheimnis des Betreibers.

Obwohl schon diese ernüchternde Sammlung erschreckender Beispiele zeigt, dass wir auf dem besten Wege zu flächendeckender Videoüberwachung sind, könnte man die Aufzählung noch stundenlang fortsetzen. Wir haben deshalb entschieden, in diesem Jahr im Bereich Technik keinen einzelnen Preisträger zu küren. Denn das würde die jeweils anderen Video-Überwacher im Glauben wiegen, sie seien noch mal davon gekommen.

Nein, wir sagen: Herzlichen Glückwunsch euch allen, Ihr befindet euch in schlechter Gesellschaft.






# THE WORLD MADE BY PASTA

Schlechte Nachricht für Christen: Es war nicht Gott, der uns erschaffen hat, sondern das »fliegende Spaghettimonster«. Die »Pastafari«-Bewegung gewinnt in den USA immer mehr Anhänger.

Ein Interview mit bobby henderson, dem Propheten der Bewegung

*Im Juni hat der US-amerikanische Physiker Bobby Henderson eine neue Glaubensgemeinschaft gegründet, die Religion vom Fliegenden Spaghettimonster. Die Anhänger bezeichnen sich als »Pas-tafaris«. Auf sie warten im Himmel angeblich ein »Bier-Vulkan« und eine »Stripper-Fabrik«. Die »Pastafaris« glauben, dass die Welt vor rund 4 000 Jahren vom »Fliegenden Spaghettimonster« erschaffen wurde. Der 25jährige Henderson hat eine Prämie ausgelobt: »Wir sind bereit, jedem 250 000 US-Dollar zu zahlen, der den empirischen Beweis erbringen kann, dass Jesus nicht der Sohn des Fliegenden Spaghettimonsters ist.« Das Preisgeld wurde inzwischen auf eine Million Dollar erhöht.*

**Sie sind der Prophet der Pastafari-Bewegung, die sich als Opposition sowohl gegen die Evolutionstheorie als auch gegen die Kreationisten versteht.**

Wir bieten einfach nur eine alternative Theorie, aber einzigartig daran ist, dass diese übernatür-liche Theorie auf empirischen Beweisen fußt.

**Wie sehen die aus? Und woher stammt der Mensch Ihrer Auffassung nach?**

Wir gehen davon aus, dass alle Menschen Piraten als Vorfahren hatten. Darwinisten hingegen glauben, unsere Vorfahren seien Affen gewesen, weil wir rund 95 Prozent der DNA mit ihnen teilen. Aber mit Piraten haben wir über 99 Prozent Übereinstimmung. Wir glauben, dass das Fliegende Spaghettimonster wütend ist über die seit 1820 stetig rückläufige Piraten-Population, was man anhand der parallel dazu ansteigenden globalen Erderwärmung und anderer Naturkatastrophen eindeutig kausal nachweisen kann. Deshalb versuchen wir, ihn zu erfreuen, indem wir zu unserem natürlichen piratischen Erbe zurückkehren.

**Mit welcher Mission hat das Fliegende Spaghettimonster seinen Propheten beauftragt?**

Ich glaube, es ist meine Bestimmung, das Wort des nudligen Meisters zu verbreiten. Er offenbarte sich mir eines Nachts vor ein paar Monaten.

**Haben die Pastafaris auch Feiertage?**

Ja, den Freitag.

**Welche religiösen Rituale vollziehen Sie an einem heiligen Freitag?**

Es wird erwartet, so faul wie möglich zu sein. -Arbeit oder jede andere Produktivität wird dort oben nicht geschätzt. Schulen oder Unternehmen, die Pastafaris an diesem Tag nicht freigeben, verstoßen gegen unser verfassungsmäßig verbrieftes Recht der Religionsfreiheit.

**Am 1. November hat der Bildungsausschuss des US-Bundesstaates Kansas die Unterrichtung der Intelligent-Design-Theorie als Alternative zur Evolutionstheorie gebilligt. Bereits im Juni hatten Sie einen Offenen Brief an die Schulbehörde geschickt. Was war Ihre Forderung?**

Wenn die Definition von Wissenschaft derart verändert wird, dass sie übernatürliche Erklärungen in den Lehrplänen einbezieht, muss unsere Theorie ebenfalls einbezogen werden. Schließlich wird unsere Theorie von der wissenschaftlichen Community weit mehr unterstützt als die christliche Intelligent-Design-Theorie.

**Was war, angesichts der schlechten Aussichten für Ihre Forderung, Ihr persönliches Motiv, diesen Brief zu verfassen?**

Gehässigkeit.

**Wie viele Anhänger hat Ihre Kirche? Und gibt es auch Gläubige außerhalb der USA?**

Mehrere Millionen. Unsere Website wurde bereits von über 150 Millionen Menschen besucht. Wir haben Unterstützer in über 20 Ländern.

**Waren Sie überrascht über die enorme Aufmerksamkeit für Ihre Bewegung?**

Ja. Und es überrascht mich, wie lange diese Bewegung schon andauert. Sicher ist eine Menge Leute besorgt, was diese religiösen Irren mit der Wissenschaft anstellen. Aber ich glaube, dass das Fliegende Spaghettimonster uns einige tausend Jahre begleiten und alle anderen Religionen schließlich assimilieren wird.

**Was ist das Ziel Ihrer Bewegung? Eine Abrechnung mit den Kreationisten?**

Es ist mehr als das. Kurzfristiges Ziel ist die Errichtung einer Kirche, genauer eines Piratenschiffs, das allen Gläubigen für Gottesdienste und zur Entspannung offen steht. Alle Einnahmen von unserem bald erscheinenden Buch, das im Internet vertrieben wird, werden diesem Zweck zugeführt. Langfristig wünsche ich mir, dass die Religion des Fliegenden Spaghettimonsters genauso viel Aufmerksamkeit in Schulen und Regierungen erhält wie andere Religionen auch, sprich: keine.

**In Ihrem Offenen Brief haben Sie gedroht, Sie würden mit »rechtlichen Aktionen« weitermachen, wenn die Pastafari-Religion nicht in Schulen unterrichtet wird. Erwägen Sie diese Option noch?**

Allerdings. Und es gibt einige Richter, die ihre Unterstützung zugesagt haben. Wir werden voranschreiten, wenn die Zeit reif ist.

**Das Fliegende Spaghettimonster hat mehr Erfolg im Kampf gegen die Vorstöße der Kreationisten als in der Entwicklung der Wissenschaft.**

Ich weiß nicht, ob es überhaupt erfolgreich ist auf einem dieser Gebiete oder ob es für die meisten Menschen einfach ein amüsantes Gedankenexperiment ist. Der Zweck des Projektes ist es nicht, die Ideen der Kreationisten zu bekämpfen, oder jene der Wissenschaftler. Es geht nur darum, religiöse Dogmen aus dem wissenschaftlichen Lehrplan herauszuhalten, und darüber hinaus aus Staat und Regierung.

**Warum hat das Fliegende Spaghettimonster eigentlich die Kreationisten erschaffen?**

Es hat einen schelmischen Sinn für Humor. Aus demselben Grund hat es auch die Darwinisten erschaffen.

**Neben den vielen Hassbriefen, die Sie bekommen, finden sich auf Ihrer Website auch Kommentare von besorgten Bürgern. Viele befürchten, dass die Parodie ihr Ziel verfehlt und religiöse Menschen kränken könnte, und dass sie die Wissenschaftler darin bestärkt zu meinen, sie könnten alles erklären und bräuchten keinerlei Respekt gegenüber anderen Theorien zu haben. Wie reagieren Sie auf solche Kritik?**

Ich habe kein Problem mit Christen und ihrem Glauben. Ich will ihren Glauben nur nicht in den Lehrplänen der öffentlichen Schulen sehen, und schon gar nicht definiert als Wissenschaft. Ich kann gar nicht verstehen, dass es Menschen gibt, die das nicht verstehen.

**Feiern Pastafaris Weihnachten?**

Den gesamten Dezember über und teilweise auch im Januar wird gefeiert. Wir bezeichnen unseren Urlaub als das, was er ist: »Urlaub«. Vielleicht ist es Ihnen ja aufgefallen, dass viele Schulen und Unternehmen von der »Ferienzeit« statt von der »Weihnachtszeit« sprechen. Das ist ein starker Beleg für den wachsenden Zuspruch, den die Religion des Fliegenden Spaghettimonsters erfährt.

interview: gilles bouché und Sophie feyder
aus der jungle world Nr. 51 Dezember 2005

erst meckern, dann machen !

# Termine

**Januar 2006:**

Januar...

| | | | |
|---|---|---|---|
| Fr. | 6.1. | 22:00 | Killersound Soundsystem (Reggae) |
| Sa. | 7.1. | 22:00 | Lesbischwule Mottoparty '70/80-Schlager mit DJ Jörg' |
| Fr. | 13.1. | 22:00 | Gothic-Party |
| Sa. | 14.1. | 21:00 | Schulparty GAG Oberstufe |
| Mo. | 16.1. | 20:30 | Antifa-Café: NPD-Doku-Film |
| Do. | 19.1. | 22:00 | Fachschaftsparty Interkulturelle Pädagogik + Physik |
| Fr. | 20.1. | 23:00 | Teonanacatl (Psy Trance) |
| Sa. | 21.1. | 22:00 | Männerfabrik |
| Mo. | 23.1. | 20:30 | VA zur Münchener Sicherheitskonferenz |
| Fr. | 27.1. | 21:00 | HipHop-Jam |
| Sa. | 28.1. | 22:00 | Rosa Disco |
| So | 29.1. | 21:00 | Konzert: Scambulé |

**Februar 2006:**

Februar...

| | | | |
|---|---|---|---|
| Do. | 2.2. | 22:00 | Fachschaftsparty Pädagogik |
| Fr. | 3.2. | 22:00 | Reggae Corner |
| Sa. | 4.2. | 22:00 | Homophilias - Party für Lesben & Schwule |
| Do. | 9.2. | 22:00 | Semesterabschlußparty der Gruppe Basta |
| Fr. | 10.2. | 21:00 | Konzert: HipHop; Reggae; Soul Schlechter Umgang + Bob Malo + Brad Spit + NAN-D + Optimax + Deak Diamond |

jede woche...

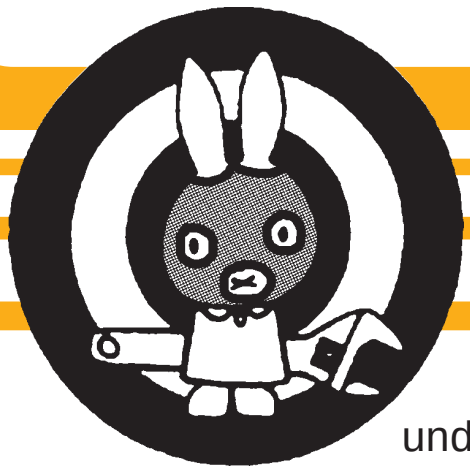
Wöchentlich:

| | | |
|---|---|---|
| Mo. | 18:00 | Archiv |
| Mo. | 18:00 | Crush Hour Concerts |
| Mo. | 20:30 | Antifa - Cafe |
| Do. | 17:00 | Jugendcafe „Kaluppe“ danach Kneipe |
| Do. | 18:00 | SchülerInnenbündnis „Swimmy“ |
| Do. | 21:00 | Oldenburger Rechtshilfe |

jeden monat...

Monatlich:

| | | |
|---|---|---|
| 1. Mi. | 20:00 | Frauenlesben Kneipe |
| 2. Do. | 20:00 | Politische Werkstatt. |
| 2. Fr. | 20:30 | NutzerInnenplenum |



und sich nicht erwischen lassen !